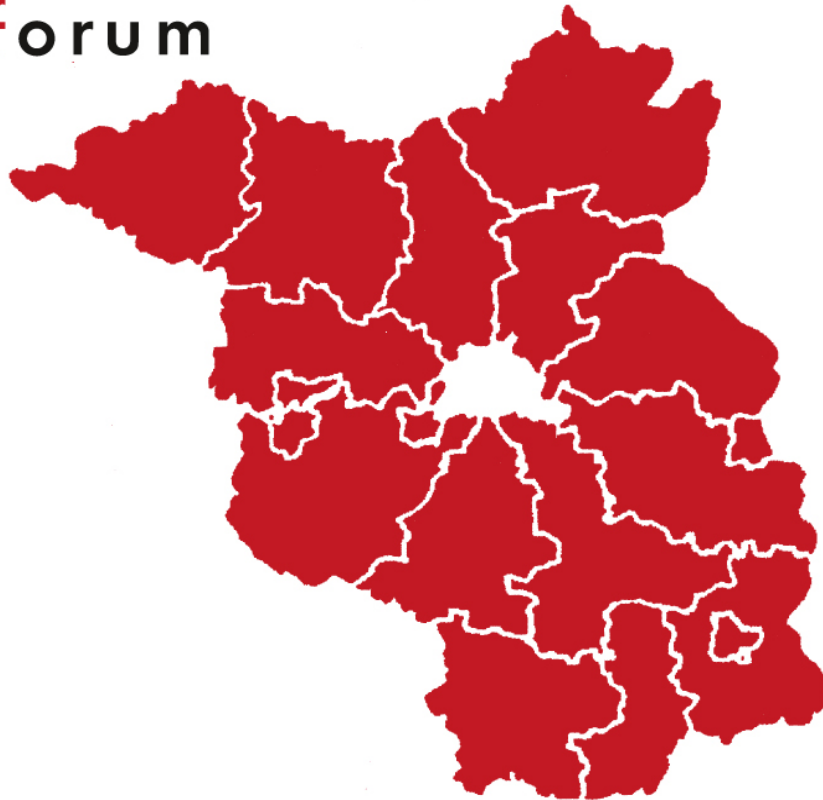


**kommunalpolitisches
forum**



Land Brandenburg e.V.

**Turbulenzen auf dem zweiten
Arbeitsmarkt –
ALG II, MAE und die Folgen**

Eine empirisch gestützte Studie

Dr. Martin Müller, Dr. Ralf-Dietmar Hegel, Andrea Reimann, Angelika Schäfer, Edeltraud Petermann, Anne Müller, Roman Hegel, Lisa Hegel

HOLON e.V. im Auftrag des kommunalpolitischen forum Land
Brandenburg e.V.

September 2009

Seit 2005 ist Hartz IV in aller Munde. Auch bei denen, die davon nicht unmittelbar betroffen sind. Und doch, heute kennt jeder wenigstens eine Familie, wenn nicht mehrere Betroffene der Hartz-Gesetzgebung.

Wir wollten wissen, wie diese Gesetze in den Brandenburger Kommunen und bei den Betroffenen wirken. Welche Chancen gibt es tatsächlich, so genannte zusätzliche Arbeiten durch MAE-Kräfte (1-Euro-Jobber) oder Kommunal-Kombi zu schaffen.

Wir wollten wissen, wie bei diesen Arbeitsformen die „Zusätzlichkeit“ begründet und nachgewiesen wird.

Wir wollten wissen, welche Analysen es gab, dass 2009 zahlreiche Veränderungen bei diesen Arbeitsmarktinstrumenten erfolgten.

Wir wollten wissen, welche Auswirkungen es auf die Kommunen hat, dass ABM-Stellen zugunsten von Kommunal-Kombilohn-Modellen reduziert wurden.

Wir wollten wissen, ob und wie die Hartz-IV-Gesetze einen Billiglohnsektor schaffen und die Entstehung von Armut in breiteren Bevölkerungskreisen fördern.

Wir wollten wissen, welche Unterschiede es hierbei zwischen den Optionskommunen und AA/Job-Center-Modellen gibt.

Wir wollten wissen, wie die Entwicklung hinsichtlich sozialer Standards, gesellschaftlicher Ausgrenzung und räumlicher Segregation ist.

Insbesondere interessierte uns:

- (1) Wie wird die Betreuung von ALG-II-Empfängern durch Optionskommunen bewältigt?
- (2) Welche besonderen Erfahrungen, Schwierigkeiten und Probleme traten während des bisherigen Weges auf?
- (3) Gibt es Beobachtungen von Bildungsträgern und Sozialdiensten, die eine derartige soziale Differenzierung bestätigen? Welche Erfahrungen haben Bildungsträger und soziale Dienste darüber hinaus mit MAE-Stellen gemacht?
- (4) Wie wirkt MAE zurzeit auf die davon Betroffenen?
- (5) Welche sozialen Auswirkungen haben diese Tätigkeiten auf Kommune und Betroffene?

Die Ergebnisse fordern zur Diskussion. Aber dazu lesen Sie zunächst selbst.

Margitta Mächtig

Vorsitzende des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

Inhaltsverzeichnis

1 Problemlage	5
2 Statistische Rahmenbedingungen von Hartz IV	9
3 ALG II: Möglichkeiten und Grenzen von Optionskommunen – die Sicht von Kreistagspolitikern und Verwaltungsbeamten	15
4 MAE aus Sicht der Sozialverbände und Bildungsträger	24
5 Die Sicht der Betroffenen	30
6 Ergebnis	44
7 Literatur	46
Anhang	47

1 Problemlage

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, wie sie im Gefolge von ALG-II entstanden sind, genießen einen zumindest schillernden Ruf: Gemeinnützige zusätzliche Arbeit, Möglichkeit der begrenzten Teilhabe am Arbeitsleben, Beitrag zum Erhalt der Tagesstruktur, Zwangsverpflichtung zur Arbeit, Dumpinglöhne, künstlicher Billiglohnsektor, Verdrängungswettbewerb, Ruin ‚normaler‘ Firmen – sind einige Schlagworte, mit denen die MAE-Arbeiten bezeichnet werden. Als Nebeneffekt bereinigen sie noch die Arbeitslosenstatistik.

Gleichzeitig war der Versuch, Arbeitsplätze auf der Basis von Kommunal-Kombi zu schaffen bis zum Dezember des Jahres 2008 ein Fehlschlag. Bundesweit wurden nur 7669 Stellen genehmigt.

Bei beiden Arbeitsformen ist das eigentliche inhaltliche Problem das der „Zusätzlichkeit“. Es scheint vielfach fraglich, ob es sich tatsächlich um Tätigkeiten handelt, denen das Prädikat „Zusätzlichkeit“ gebührt.

Ohne dass die Auswirkungen von MAE (und Kommunal-Kombi) auf Betroffene, auf Kommunen und auf Firmen in den Regionen klar wären, wurden zahlreiche Veränderungen für das Jahr 2009 eingeführt (die Arbeitsmarktinstrumente aktualisiert). Der Druck auf die ALG-II-Empfänger (einschließlich sogenannter Aufstocker) nimmt zu. Stichworte sind hier: Sanktionen verschärfen, Reglementierung von Aufstockern.

Während die ohnehin ausgedünnten ABM-Stellen verschwinden werden, soll die Durchsetzung von Kommunal-Kombilohn-Modellen forciert werden. Dies wird – so ist zu befürchten – zu weiteren regionalen Ungleichgewichten im Land führen, denn finanzstarke Gemeinden sind hier im Vorteil. Dies haben Statements von verschiedenen Ministerien (MASGF und Ministerium des Innern) des Landes Brandenburg zum Thema hinreichend deutlich gemacht. Mindestens werden offenbar Begehrlichkeiten von Kommunen ökonomisch starker Landkreise erwartet.

Wir haben relativ am Anfang der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze, im August 2005, unsere empirische Studie „Hartz IV – Die Sicht der Betroffenen“ abgeschlossen und festgestellt, dass Hartz IV einen Billiglohnsektor schafft und die Entstehung von Armut in breiteren Bevölkerungskreisen befördert.

„In scharfem Gegensatz zu dem recht ausgebauten Instrumentarium der Druckerzeugung auf den ALG II – Empfänger steht bislang die Seite des Förderns. Im Grunde reduziert sie sich gegenwärtig in Brandenburg auf die Ein-Euro-Jobs. Hierbei handelt es sich zudem um ein von staatlicher und kommunaler Seite nicht ganz uneigennütziges Instrument. De facto wurde ein neuer Billiglohnsektor geschaffen. Bezüglich unserer Fragestellung sei hier darauf verwiesen, dass der Schaffung von Möglichkeiten zu meist niedrig qualifizierter Tätigkeit ein fast völliges Fehlen von Qualifikationsangeboten gegenüber steht. Dadurch werden die vorhandenen Kompetenzen nicht nur nicht genutzt, sondern mittelfristig infrage gestellt. Kein qualifizierter Arbeitssuchender wird real durch die Ausführung dieser Tätigkeiten in seiner Kompetenz gefördert. Dies spiegelt sich bereits heute in der subjektiven Einschätzung der Befragten. An der Tatsache, dass Arbeitslosigkeit staatlicherseits lediglich verwaltet wird, hat sich durch die Einführung der Hartz IV – Gesetze nichts geändert. Arbeitsangebote sind nach wie vor ein rares Gut.

Im Ergebnis der Studie stellt sich heraus, dass Hartz IV zur Entstehung von Armut in breiten Bevölkerungskreisen beiträgt. Unser Armutsbegriff beinhaltet neben der elementaren materiellen Situation den Grad der gesellschaftlichen Integration. Für die Mehrzahl der von uns Befragten bedeuten die Hartz IV – Gesetze bereits heute eine deutliche Veränderung zum Negativen“ (Müller, Wendelborn, Schäfer, Petermann und Hegel, 2005, S. 40).

Seit diesen Anfängen ist ein halbes Jahrzehnt vergangen und Armut hat sich in breiteren Bevölkerungskreisen etabliert. Wir dürfen davon ausgehen, dass – je nach statistischer Schwelle, die festgelegt wird – 15 bis 25 Prozent der Menschen in den Neuen Bundesländern arm sind. Nicht von ungefähr hat die Thematik *Kinderarmut* derartige Wogen geschlagen, wenn sie nun auch in der Zeit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise medial ins Hintertreffen geraten ist.

In unserer empirischen Studie auf der Basis von Tiefeninterviews „Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern – jenseits anonymer Statistiken“ (Januar 2009) haben wir ausdrücklich auf den Prozess der Verfestigung und Zunahme von Armutsmilieus in unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht. Diese Milieus reproduzieren sich in

zunehmendem Maße selbst und die Entwicklung in Richtung einer Armutsbioographie wird aus verschiedenen Gründen zunehmend befördert. Wir wollen hier nochmals betonen, dass die Auflösung dieser Milieus und ihre Reintegration in die Arbeitsgesellschaft weder alleinige Sache von Optionskommunen noch Arbeitsämtern sein kann. Es muss sich hier vielmehr um die Realisierung ganzheitlicher gesellschaftlicher Konzepte mit langem Zeithorizont und einem Kostenrahmen handeln, den unsere Gesellschaft bisher nicht bereit ist aufzubringen.

Aktuell läuft die Entwicklung aber in eine ganz andere Richtung, die mit sozialem Abstieg, gesellschaftlicher Ausgrenzung und räumlicher Segregation verbunden ist.

Wir interessieren uns in diesem Kontext für die weitere Differenzierung innerhalb der mittlerweile sehr großen Gruppe von ALG-II-Empfängern. Wenn wir von 15 bis 25 Prozent der Bevölkerung sprechen – ein Anteil, der sich unter den aktuellen Bedingungen durchaus auf ein Drittel erhöhen kann – dann handelt es sich schon um eine große Gruppe. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung scheinen durchaus das Potential in sich zu bergen, innerhalb dieser Gruppe Differenzierungen sozialer Art hervorzurufen.

Die erste Frage, die sich hier stellt lautet:

- **(1)** Wie wird die Betreuung von ALG-II-Empfängern durch Optionskommunen bewältigt? Welche besonderen Erfahrungen, Schwierigkeiten und Probleme traten während des bisherigen Weges auf?
- **(2)** Gibt es Beobachtungen von Bildungsträgern und Sozialdiensten, die eine derartige soziale Differenzierung bestätigen? Welche Erfahrungen haben Bildungsträger und soziale Dienste darüber hinaus mit MAE-Stellen gemacht?
- **(3)** Wie wirkt MAE zurzeit auf die davon Betroffenen?

Diese Fragen werden über verschiedene Projektbausteine mit unterschiedlichen empirischen Zugängen zu beantworten versucht.

Weg zur Beantwortung von Frage (1): Mit Regionalpolitikern und Verwaltungsfachleuten von Optionskommunen werden Interviews beziehungsweise Diskussionsrunden zum Thema ‚Einführung der Verwaltung von ALG-II‘ geführt. Zu den Stichworten Kosten/ Nutzen (der Kommunen), Verwaltungsaufwand bei der

Verwaltung von ALG-II, Zusätzlichkeit von MAE, geschätzte Auswirkung auf die regionale/ kommunale Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur (eventuell Konkurrenz zu Firmen der Region) werden Auskünfte eingeholt.

Weg zur Beantwortung von Frage (2): Mit Vertretern von Bildungsträgern und sozialen Verbänden (zum Beispiel Diakonie, Volkssolidarität), die familienbegleitend oder –beratend tätig sind werden Interviews zu folgenden Fragen durchgeführt:

Welchen Stellenwert haben MAE und Arbeiten auf der Basis von Kommunalkombi unter Stelleninhabern und ihrer Umgebung?

Welche Aussagen lassen sich bezüglich der finanziellen Effekte für die Stelleninhaber machen? Reicht das Entgelt, um keine weiteren Ansprüche mehr geltend machen zu müssen?

Lassen sich Anzeichen für neue Hierarchien unter ALG-II-Empfängern ausmachen?

In welchen Bereichen erfolgt der Einsatz der MAE-Stellen und Arbeitsstellen auf Basis von Kommunal-Kombi?

Weg zur Beantwortung von Frage (3): Von ca. 150 Inhabern von MAE-Stellen und/oder Stellen auf der Basis von Kommunal-Kombi wurden Fragebögen ausgefüllt. Schwerpunkte der Befragung stellen folgende Aspekte dar:

Position zur Stelle (Ist sie gewollt oder ungewollt)?

Reicht das Entgelt, um keine weiteren Ansprüche mehr geltend machen zu müssen?

Wie befriedigend ist die Arbeit selbst?

Wie anspruchsvoll ist die Tätigkeit?

Um was für eine Tätigkeit handelt es sich?

Gibt es traditionell Firmen in der Region, die derartige Arbeiten auch anbieten/ angeboten haben? Hat es Anzeichen für Interessenkonflikte gegeben?

Wie bewertet man die eigene Position aufgrund der Stelle in seinem engeren und weiteren Bezugssystem?

Dies sind Fragen, die uns interessieren. Natürlich verbirgt sich dahinter die größere Frage:

- Inwieweit sind die MAE-Tätigkeiten dabei, normal bezahlte Arbeiten und/ oder ABM-Tätigkeiten zu substituieren?

Und natürlich wollen wir auch wissen:

- Welche sozialen Auswirkungen haben diese Tätigkeiten aktuell im Sinne unserer Differenzierungsannahme?

Zielstellung: Welchen Nutzen beziehungsweise Schaden verursachen Kommunal-Kombi und Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in ökonomischer, moralischer und sozialer Hinsicht in den Kommunen des Landes Brandenburg? – Kommunalpolitisch handhabbare Antworten auf diese Fragestellung zu finden, ist das Anliegen der geplanten Studie.

2 Statistische Rahmenbedingungen von Hartz IV

Die Entwicklung von Hartz-IV und seinen Begleiterscheinungen (MAE, Kommunal-Kombi, Regionalbudget) ist nicht von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu trennen. Bei der Darstellung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist zu beachten, dass sich mit der Einführung des SGB II auch die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik verändert haben. Nach der *Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe* waren die **Arbeitsagenturen** nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen *Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II* traten mit den **ARGEn** (Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen) und **Optionskommunen** (Alleinträgerschaft durch Landkreise) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktstatistik wurde demzufolge um den Bereich der Grundsicherung erweitert.

Zu den Optionskommunen im Land Brandenburg zählen die Landkreise Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin, Oder-Spree, Spree-Neiße, Uckermark. Die andern Landkreise haben ARGEn, Jobcenter beziehungsweise ein Integrations- und Leistungszentrum geschaffen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass alle Personen, die an Trainingsmaßnahmen der Arbeitsagenturen teilnehmen, nicht mehr in der Statistik der Arbeitslosen ausgewiesen werden.

Arbeitslosigkeit allgemein, als auch speziell ihre Entwicklung und Ausprägung im Rahmen des Rechtsbereiches des SGB II, kann nach verschiedenen Systematiken dargestellt werden, zum Beispiel:

- nach Land, Landkreisen, kreisfreien Städten

- Arbeitsagenturbezirken,
- ARGE n/Jobcentern, Optionskommunen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die folgenden Angaben zeitlich punktuell für die Jahre 2008 und 2009 und nicht für jeden Monat dargestellt.

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg (eigene Zusammenstellung auf Grundlage der betreffenden statistischen Monatsberichte des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg):

Monat/Jahr	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslosenquote in % (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)*	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (absolut)
01/08	199.074	14,7	- 23.544
03/08	193.494	14,3	- 24.448
06/08	169.229	12,6	- 26.436
09/08	163.261	12,1	- 23.214
12/08	162.217	12,0	- 19.925
04/09	178.173	13,2	- 8.932
06/09	162.519	12,2	- 6.708

*Ab Januar 2009 erfolgt die statistische Berichterstattung der Arbeitslosenquoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen. Zu den zivilen Erwerbspersonen zählen alle abhängig zivilen Erwerbspersonen, Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Anhand dieser Zusammenstellung zeichnet sich Folgendes ab:

- Das Jahr 2009 fällt **bisher** besser aus als das Jahr 2008, die Zahl der Arbeitslosen verringert sich landesweit relativ kontinuierlich.
- Die absoluten (und relativen) Veränderungen zum Abbau von Arbeitslosigkeit fielen im Jahr (2008/2007) höher aus als im Vergleich 2009/2008.
- Beispielsweise gelang es im Juni 2008 gegenüber dem Vorjahr, die Arbeitslosigkeit um fast 26.500 Stellen zu verringern, vergleichsweise gering fallen dafür die Zahlen im Sommer 2009 aus: Hier konnten gegenüber dem Vorjahr nur rund 6.700 Stellen reduziert werden.

Differenzierter wird der Überblick über die Arbeitslosigkeit bei Gliederung nach **Arbeitsamtsbezirken** (eigene Zusammenstellung). Hier können deutlicher regionale Abweichungen und Aktivitäten verdeutlicht werden.

Monat/Jahr	Januar 2008	März 2008	Juni 2008	Septem- ber 2008	Dezem- ber 2008	April 2009	Juni 2009
Cottbus							
Arbeitslose insgesamt	50.273	48.720	42.646	40.400	40.665	44.442	40.563
V.g.Vjm. in %	- 11,4	- 12,3	- 13,0	- 13,4	- 11,6	- 5,1	- 4,9
Eberswalde							
Arbeitslose insgesamt	29.689	28.684	24.699	24.291	23.943	24.934	22.436
V.g.Vjm. in %	- 5,6	- 6,9	-14,2	-12,3	- 12,2	- 9,9	- 9,2
Frankfurt/ Oder							
Arbeitslose insgesamt	35.008	34.362	30.424	29.139	28.610	32.428	29.458
V.g.Vjm. in %	- 10,8	- 10,5	- 12,0	- 12,2	- 9,8	- 2,9	- 3,2
Neuruppin							
Arbeitslose insgesamt	44.178	43.186	37.593	36.126	36.428	39.389	36.067
V.g.Vjm. in %	- 9,0	- 8,8	- 12,9	- 12,2	- 10,9	- 4,7	- 4,1
Potsdam							
Arbeitslose insgesamt	39.926	38.542	33.867	33.305	32.571	36.944	33.995
V.g.Vjm. in %	- 14,4	- 15,9	- 15,7	- 11,9	- 10,1	- 2,4	+ 0,4

V.g.Vjm. in %: Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

Aus der Übersicht wird deutlich:

- Wie auf Landesebene, so konnte auch in allen Arbeitsamtsbezirken die absolute Zahl der Arbeitslosen 2009 gegenüber 2008 reduziert werden.
- In allen Arbeitsamtsbezirken wurden im Jahr 2008 größere Effekte bei der Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen erreicht als im Jahr 2009.

- Während 2008 der Arbeitsamtsbezirk Potsdam die höchsten Einsparpotenziale erzielte, übernahm diese Rolle im Jahr 2009 der Arbeitsamtsbezirk Eberswalde.
- Die geringsten Einsparpotenziale in 2009 erzielten die Arbeitsamtsbezirke Potsdam und Frankfurt/Oder.

Arbeitsamtsbezirke umfassen Landkreise und kreisfreie Städte. Daher kann eine weitere Untersetzung der Entwicklung von Arbeitslosigkeit nach Verwaltungsbezirken vorgenommen werden. Eine solche detaillierte Darstellung findet der interessierte Leser für den Zeitraum Januar 2008 bis Juni 2009 im ANHANG Ia.

Die oben genannte Tendenz setzt sich auch auf Ebene der Verwaltungseinheiten fort. Seit Januar 2008 sinken die Arbeitslosenzahlen absolut und relativ in allen Verwaltungsbezirken. Unter den kreisfreien Städten hat Brandenburg an der Havel im genannten Untersuchungszeitraum die höchste und Potsdam die geringste Arbeitslosenquote.

Die *höchsten Arbeitslosenquoten* unter den Landkreisen verzeichnen Uckermark, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die *niedrigsten Arbeitslosenquoten* haben die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Die Nähe beziehungsweise Ferne von Berlin fällt dabei sofort auf.

Gleichzeitig wird ersichtlich, dass die Landkreise mit hoher Arbeitslosenquote im Zeitraum Januar 2008 bis Juni 2009 die größten Effekte bei der absoluten und relativen Reduzierung der Arbeitslosenzahlen und -quoten geschafft haben, darunter die Spitzenreiter Uckermark, Barnim und Oberhavel.

Wir wollen darauf hinweisen, dass die Arbeitslosigkeitsentwicklung über die Altersgruppen ungleich verteilt ist. Dies verdeutlicht die folgende Tabelle:

	Arbeitslose insgesamt in Brandenburg	darunter Jugendliche unter 20	Anteil in %	darunter Jugendliche unter 25	Anteil in %	darunter 50 Jahre und älter	Anteil in %
Jan.08	199.074	2.826	1,4	21.051	10,6	58.111	29,2
Sept. 08	163.261	3.404	2,1	20.167	12,4	49.743	31
Juli 09	162.133	3.028	1,9	20.187	12,5	51.230	31,6

(eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Arbeitsmarktdaten des DGB)

Da Vorruhestandsmöglichkeiten in den letzten Jahren abgebaut wurden, werden ältere Beschäftigte zunehmend arbeitslos. Die Jüngeren verlieren ihren Job, weil sie nur befristet oder in Leiharbeit beschäftigt sind und ihre Verträge einfach auslaufen. Oftmals haben sie zu kurz gearbeitet, um Arbeitslosengeld beziehen zu können und/oder zu wenig verdient und müssen direkt Hartz-IV-Leistungen beantragen. Allerdings schlägt sich die Krise in Ostdeutschland aufgrund anderer Faktoren (weniger Industriearbeitsplätze, Geburtenrückgang nach der Wende) derzeit noch nicht so deutlich nieder. Der Faktor Kurzarbeitergeld bremst vorübergehend ebenfalls die Arbeitslosenquote ab.

Im Kontext der vorliegenden Studie ist die Frage, wie hoch der Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II (Hartz IV) in den Verwaltungsbezirken ist, natürlich von besonderem Interesse. Detaillierte Darstellungen findet der Leser im ANHANG Ib.

Alle kreisfreien Städte haben einen höheren Anteil von SGB-II-Empfängern unter den Arbeitslosen als die Landkreise. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen ist im Untersuchungszeitraum der relative Anteil von SGB-II-Empfängern unter den Arbeitslosen gestiegen.

Die kreisfreien Städte mit dem höchsten Anteil an arbeitslosen SGB-II-Empfängern sind *Brandenburg an der Havel* und *Frankfurt/Oder*. Die Landkreise mit dem höchsten Anteil an SGB-II-Empfängern sind *Uckermark*, *Barnim*, *Oder-Spree* und *Ostprignitz-Ruppin*.

Der Landkreis mit dem niedrigsten Anteil an SGB-II-Empfängern ist Spree-Neiße. Die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen insgesamt konnte wesentlich durch die Senkung der Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I (SGB III) erreicht werden. Die Zahlen der arbeitslosen SGB-II-Empfänger verbleiben auf einem hohen Niveau. Damit sind deren Chancen, wieder auf den 1. Arbeitsmarkt zurück zu kehren, sehr gering.

Die Entwicklung jüngerer und älterer Arbeitsloser im Rechtskreis SGB II stellt sich regional differenziert in folgender Weise dar (eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Arbeitsmarktdaten des DGB):

	Jugendl. unter 25 09/08	Jugendl. unter 25 07/09	Veränderung in %	50 J. und älter 09/08	50 J. und älter 07/09	Verände- rung in %
Kreisfreie Stadt						
Brandenburg/ Havel	436	476	+ 9,2	1.070	1.115	+ 4,2
Cottbus	689	699	+ 1,5	1.265	1.321	+ 4,3
Frankfurt/Oder	421	420	- 0,01	983	1.055	+ 7,3
Potsdam	356	482	+ 35,4	993	1.048	+ 5,5
Landkreis						
Barnim	933	989	+ 6,0	2.172	1.917	- 11,7
Dahme- Spreewald	426	474	+ 11,3	1.116	1.184	+ 6,1
Elbe-Elster	519	621	+ 19,7	2.028	2.072	+ 2,2
Havelland	333	429	+ 28,8	1.766	1.673	- 5,3
Märkisch- Oderland	954	795	-17,0	2.157	2.442	+ 13,2
Oberhavel	655	587	-10,4	2544	2.243	- 11,8
Oberspreewal d-L.	736	782	+6,3	2.131	2.310	+ 8,4
Oder-Spree	981	837	- 14,7	2.110	2.161	+ 2,4
Ostprignitz- Ruppin	667	561	-15,9	1.658	1.738	+ 4,8
Potsdam- Mittelm.	526	584	+ 11,0	1.538	1.664	+ 8,2
Prignitz	325	493	+ 51,7	1.164	1.193	+ 2,5
Spree-Neiße	474	298	- 37,1	1.692	1.784	+ 5,4
Teltow- Fläming	641	703	+ 9,7	1.633	1.521	- 6,9
Uckermark	857	792	- 7,6	2.812	2.681	- 4,7

Der Anteil der jugendlichen und älteren Arbeitslosen unter den Arbeitslosen des SGB II Rechtskreises (Hartz IV) ist bis auf wenige Ausnahmen überall steigend. Bei Jugendlichen sind die größten Steigerungsraten derzeit in der Stadt Potsdam, im Landkreis Prignitz, im Havelland, und in Elbe-Elster zu finden. Bei den Älteren liegen die größten Steigerungsraten in der Stadt Frankfurt/Oder und im Landkreise MOL.

Entlastet werden der Arbeitsmarkt – und wesentlich auch die Statistik – durch Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) und andere. Die folgende Tabelle

zeigt die Zahl der Arbeitsgelegenheiten auf Grundlage der Angaben aus einzelnen Arbeitsamtsbezirken zwischen Ende 2008 und Mai 2009.

Zahl der Arbeitsgelegenheiten:

	Dez. 08	Jan.09	Febr. 09	März 09	April 09	Mai 09
Arbeitsamtsbezirke						
Cottbus	3.282	2.755	2.700	2.526	2.369	2.345
Eberswalde	922	789	904	930	1.052	1.045
Frankfurt/Oder	1.965	1.535	1.719	1.860	2.128	2.321
Neuruppin	2.319	1.870	1.873	1.874	2.138	2.343
Potsdam	*	*	*	*	*	*

* keine Daten gefunden

Neben den Arbeitsgelegenheiten werden für Langzeitarbeitslose in leicht vermehrtem Maße Arbeitsplätze auf der Basis von Kommunalkombilöhnen geschaffen. Bis zu drei Jahren kann ein solcher Arbeitsplatz besetzt werden. Bis zu 1.300 € brutto können monatlich verdient werden. Den größten Teil der Finanzierung übernimmt der Bund, kleinere Anteile zahlen Land und Kommune. 3111 Stellen sind nach aktuellen Angaben im Land Brandenburg bewilligt.

Fazit

Die Arbeitslosigkeit ist im Lande im Vergleich zum Vorjahresniveau leicht zurückgegangen. Allerdings muss von einer starken Verfestigung des ALG-II-Sockels ausgegangen werden. Überproportional sind Personen, die jünger als 25 und älter als 50 Jahre sind, davon betroffen. Aufschiebende Faktoren führen dazu, dass sich die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich im nächsten Jahr deutlich erhöht.

3 ALG II: Möglichkeiten und Grenzen von Optionskommunen – die Sicht von Kreistagspolitikern und Verwaltungsbeamten

Seit Beginn des Jahres 2005 gibt es bis zum Dezember 2010 einen *Feldversuch zur Betreuung Arbeitsloser* in Deutschland. Dieser Versuch beinhaltet, dass für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II ausschließlich die Städte und Landkreise zuständig sind, nicht aber die Bundesagentur für Arbeit. Städte und Landkreise, die diese Funktion wahrnehmen, werden auch als *Optionskommunen* bezeichnet.

Anders als bisher ist, dass sich die teilnehmenden Landkreise und kreisfreien Städte auch um die *Vermittlung* der Arbeitslosen kümmern. Dafür waren ja stets die örtlichen Agenturen für Arbeit zuständig. Für das von den Kommunen ausgezahlte Arbeitslosengeld II und die Verwaltungskosten kommt die Bundesebene auf.

Was bedeutet der Begriff *Feldversuch* in diesem Zusammenhang?

Die Konstrukteure des Modells der Optionskommune erhofften sich mehr Bürgernähe bei der Arbeit mit Langzeitarbeitslosen, sie setzten auf den Wettbewerb der Kommunen bei der Integration von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt und auf den Wettbewerb um neue Vermittlungsmodelle. Allerdings bleibt weitgehend unklar, weshalb hier ‚Konkurrenz‘ aufkommen soll und worauf sich der Glaube an die erhoffte Kreativität gründet.

Dieses Modell *Optionskommune* konkurriert mit dem Modell der *Arbeitsgemeinschaft (ARGE)*. Gemeint ist damit die Arbeitsgemeinschaft von Agentur und Kommune.

Befürworter des Modells der Optionskommune setzen vor allen Dingen auf die Flexibilität der Kommune, auf deren Fähigkeiten, die Gegebenheiten des örtlichen Arbeitsmarktes kurzfristig zu analysieren und bei Notwendigkeit rasch reagieren zu können. Damit sind insbesondere eine gute Ortskenntnis, ein enger Kontakt der Kommunen zu den örtlichen Arbeitgebern und zu den die Rahmenbedingungen schaffenden Institutionen wie Gewerbeaufsicht, Wirtschaftsförderung, Kammern gemeint.

Kritiker des Optionsmodells hingegen argwöhnen, dass es zur Entstehung einer Zweiklassenvermittlung kommt. Kurzzeitarbeitslose werden von der Arbeitsagentur und Langzeitarbeitslose von der Kommune vermittelt. Zweifel, dass die Kompetenz der Kommunen der der Agenturen entspräche, wurden laut.

Wie werden die Möglichkeiten und Grenzen der Optionskommunen bewertet? Welche bisherigen Erfahrungen gibt es? – Um uns der Beantwortung dieser Fragestellung zu nähern, nahmen wir im Frühjahr des Jahres 2009 an einer mehrstündigen Diskussionsrunde von Politikern der Kreistage und Verwaltungsbeamten von Optionskommunen teil. Wir verschrifteten die Diskussionsbeiträge und werteten sie aus.

Politiker und Verwaltungsfachleute diskutierten über Aufbau, Funktionieren, Erfolge und Probleme ihrer Optionskommunen. Dabei wurden zum Teil erstaunlich unterschiedliche Erfahrungen berichtet. Wir stellen die Resultate nach Landkreisen geordnet dar. Sie sind nicht streng vergleichbar, denn die einzelnen Vertreter brachten unterschiedliche Sichtweisen, unterschiedliche Erfahrungshintergründe in ihre Erzählungen ein und berichteten selbst von sehr unterschiedlichen Positionen aus. Sie waren also in unterschiedlichem Maße in die ganze Angelegenheit involviert.

Landkreis Uckermark

Zur Wahrnehmung der Aufgaben existiert ein eigenständiges „Amt zur Grundsicherung für Arbeitssuchende“, mit einem Amtsleiter. Es verfügt über etwa 250 Mitarbeiter.

Mit Beginn der Arbeitsaufnahme wurden etwa 12.000 Bedarfsgemeinschaften registriert. Aktuell seien es 15.000 bis 16.000 bei 137.000 Einwohnern.

Etwa 6.000 Betroffene befinden sich in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis und müssen dennoch Leistungen beziehen.

Die politische Zuständigkeit ist beim „Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ angesiedelt. Ein fraktionsübergreifender mehrheitlicher Beschluss zur Fortführung des Modells liegt vor. Es gibt Probleme mit der Vergleichbarkeit, zum Beispiel Berlinnaher Raum und Uckermark.

In ähnlicher Weise wurde die Situation für den folgenden Landkreis beschrieben:

Landkreis Spree-Neiße

Im Landkreis existieren 8.933 Bedarfsgemeinschaften. Sie umfassen 15.000 Leistungsempfänger nach SGB II. Die Einwohnerzahl betrug am 31.12.2007 132.798 Personen. Die SGB-II-Quote hat demnach die Größe von 11,6%. Unter den 15.000 Personen, die Leistungen empfangen, gab es 12.258 Erwerbsfähige Hilfsbedürftige. Von diesen über zwölftausend Personen verfügten 4.197 über ein Einkommen aus Beschäftigung oder Selbständigkeit. Darunter (das heißt unter diesen 4.197) waren 306 Selbständige. Sozialgeldempfänger - Personen bis 15 Jahre - gab es 3.130.

Seit 2005 existiert im Landkreis ein Eigenbetrieb für Grundsicherung zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Berechtigten, der über 4 dezentrale Standorte in Forst,

Guben, Spremberg und Cottbus verfügt. Es gibt 204 Vollzeitbeschäftigte im Eigenbetrieb.

Zum Eigenbetrieb kommt ein parlamentarischer Werksausschuss, der öffentlich tagt und eng mit dem Kreistag zusammenarbeitet.

Es existiert die Möglichkeit für Abgeordnete, sich Beratungen der Fallmanager anzuschauen. Im Ergebnis der Tätigkeit des Eigenbetriebes gäbe es eine enorme Steigerung der Vermittlung auf den I. Arbeitsmarkt. Der Eigenbetrieb habe sich bewährt und es gäbe keine Position gegen die Optionskommune oder den Eigenbetrieb unter den Abgeordneten.

Landkreis Oder-Spree

Zur Wahrnehmung der Aufgaben existiert ein eigenständiges Amt für „Grundsicherung und Soziales“ mit fünf Regionalstellen an Orten mit guter ÖPNV-Anbindung. Das damit verbundene Ziel besteht in der Ersparnis weiter Wege für die Bürger und in der Ersparnis bei Fahrtkosten. In der Anfangszeit insbesondere im Herbst 2004 standen nach der Entscheidung für die Optionskommune nur 3 Monate Zeit für den Grundaufbau zur Verfügung. Zunächst ging die Kalkulation von ca. 9.000 Bedarfsgemeinschaften aus. Tatsächlich waren es aber zu Beginn etwa 14.000 bis 15.000 Bedarfsgemeinschaften. Es wurde also mit einem Mitarbeiterstamm begonnen, der bei weitem nicht in der Lage war die Aufgabe zu bewältigen. Am 01.01. 2005 waren ca. 150-160 Mitarbeiter tätig; jetzt ist es die doppelte Anzahl an Personen. Zurzeit stammen etwa 53 oder 54 Beschäftigte aus Kommunen; ca. 90 Mitarbeiter aus der Kreisverwaltung; mehr als die Hälfte aller anderen Beschäftigten sind Neueinstellungen mit Befristung – eben wegen des Erprobungszeitraumes bis zum Jahre 2010. Die Nachfragen der Mitarbeiter mit befristeten Verträgen steigen natürlich, je näher die genannte Frist rückt. Rein formal bestehen zwei Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Grundsicherung für Arbeitssuchende“.
- Der Geschäftsbereich „Integration regionaler Arbeitsmarkt“.

In den Regionalstellen existieren Teams mit den jeweils zwei Funktionsrichtungen *Leistungsbescheide* und *Integration*. Jedes Team umfasst 12 bis 25 Mitarbeiter.

Die Teams einer Regionalgeschäftsstelle unterstehen einem Regionalgeschäftsstellenleiter. Zusätzliche Arbeitsvermittler betreiben Stellenaquisition und realisieren Vermittlungsprozesse. Projektentwickler suchen Projekte für den zweiten Arbeitsmarkt zu entwickeln und Mittel dafür zu gewinnen. Innerhalb des Geschäftsbereiches „Grundsicherung“ gibt es den Bereich Recht und Widersprüche, in dem allein 8 Widerspruchssachbearbeiter tätig sind.

Bezüglich des Querschnittsbereiches formulierte ein Gesprächspartner: *„Wir waren nämlich davon ausgegangen, den Querschnittsbereich möglichst schmal auszuprägen und uns wirklich um die Belange der Vermittlung und Integration kümmern zu können. Und wir sind dann relativ schnell wach geworden, weil ständig neue Forderungen kamen. Wenn man allein die Statistik sieht, wenn alleine 200 Statistikmerkmale pro Leistungsfall laufend zu verfolgen sind, fortzuschreiben sind und jeden Monat zu melden sind.“*

Beim Aufbau des Amtes gab es noch Unklarheiten bezüglich des Berufsbildes *Fallmanager*. Zunächst wurde angenommen, eine Person sei Leistungsrechner, persönlicher Ansprechpartner und Arbeitsvermittler in einem. Schnell wurde klar, dass es struktureller Abgrenzungen bedarf. Insbesondere der hohe Stellenwert der sozialen Kompetenz war augenscheinlich. Gerade die betreuenden und vermittelnden Stellen mussten mit sozial vorgebildetem Personal (Sozialarbeitern/ Sozialpädagogen) besetzt werden. Zunächst müssen nämlich die Bedarfe erkannt werden. Dann sollte die Person auf eine mögliche Integration auch mental vorbereitet werden. Während der Diskussion kamen einige Probleme zur Sprache:

- Das Fallmanagement sei nicht hinreichend an der Spezifik des jeweiligen Falls orientiert, sondern zu generalistisch.
- Der Beirat des „Amtes für Grundsicherung“ stelle kein echtes Mitwirkungs-gremium dar.
- Ein größerer Teil des Kreishaushaltes laufe außerhalb der Zuständigkeit des Kreistages.
- Für die Verwaltung liegt ein gewisses Dilemma darin, dass der Kreistag auf der einen Seite nach inhaltlicher Entscheidungskompetenz ruft, auf der anderen Seite hält sich aber das *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* für legitimiert, detaillierte Vorgaben zu machen. Und hier besteht durchaus die

Gefahr der Rückforderung von Mitteln durch das Ministerium bei Nichtbeachtung der Richtlinien.

Landkreis Oberhavel

Im Landkreis besteht ebenfalls ein Amt für Grundsicherung, das einem engagierten Dezernenten für Soziales unterstellt sei. Als Mitwirkungsgremium existiert ein Lenkungsbeirat. Dieser Beirat weist eine ausgewogene Zusammensetzung auf: Vertreter aller Fraktionen, IHK, Gewerkschaft, Vertreter der Sozialverbände. Allerdings gibt es keine öffentliche Tagung, Probleme werden mit Verweis auf den Lenkungsbeirat nicht diskutiert, Konflikte werden nicht transportiert. Dahinter verbergen sich Konflikte der Kreistagspolitiker mit einem Landrat, der als mindestens kooperationsunfähig beschrieben wird. Er leitet das Kreisgeschehen mit einem sehr starken und autarken Selbstwertgefühl. Folgende Probleme wurden darüber hinaus angesprochen:

- Immer wieder würde es zu Konflikten zwischen der Verwaltung und kommunalen Initiativen kommen.
- Für den ersten Arbeitsmarkt ist das Versprechen, die *Optionskommune* sei besser als die *BA* mit erheblichen Zweifeln belastet.
- Fallmanager verfügen teilweise über zu wenig Erfahrung, Sozialkompetenz und ein zu geringes Alter, um die Situation der Betroffenen verstehen zu können.

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin werden die Aufgaben parallel vom Amt für Arbeitsmarkt und dem Amt für Grundsicherung mit verschiedenen Amtsleitern wahrgenommen. Mit dem Amt für Grundsicherung sei der Umgang wenig problematisch, wohl aber mit dem Amt für Arbeitsmarkt. Dies gelte sowohl in inhaltlicher als auch menschlicher Hinsicht.

- Kritik wird am Umgang mit den Betroffenen geübt. Hier sei sehr viel Schulungsaufwand für Mitarbeiter notwendig.

Abschließend sei auf ein Bündel diskutierter Probleme aufmerksam gemacht, das Zielführung und Bewertung der Maßnahmen der Optionskommunen problematisiert. Letztlich sind es aber Probleme, die die ARGEn genauso treffen:

Über die Schwierigkeiten, mit den Zahlen der deskriptiven Statistik hinsichtlich Arbeitslosengeld II umzugehen, berichtet der folgende Gesprächsteilnehmer: *„Zumindest hier ... in unseren Breitengraden war die Situation einfach so, dass es also ca. ein Jahr bis fast anderthalb Jahre gedauert hat, bis wirklich alle so in das System integriert worden sind, dass sie statistisch halbwegs vernünftig abgebildet werden konnten.“*

Doch sehr rasch traten neue Irritationen auf. Schaut man sich den 01.07.2006 an, dann hat man den Zeitpunkt der höchsten, nie mehr erreichten Zahl an Bedarfsgemeinschaften in allen Landkreisen vor sich. Im 3. Quartal 2006 war dann der Großteil der unter 25 jährigen mit dem Haushalt der Eltern zusammengezogen worden. Die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften fielen dramatisch, ohne dass sich tatsächlich überhaupt ein Leistungsempfänger weniger im System befunden hätte. Die Anzahl der Personen war vollständig gleich, nur die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sank sprunghaft.

Es sei nicht das Ziel, die Optionskommunen mit den ARGEN zu vergleichen, sondern die Optionskommunen untereinander ein Stück weit vergleichbar zu machen. Es gibt ein begleitendes Benchmarking der Optionskommunen. In diesem wurde versucht, die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen (etwa die Arbeitsmarktsituation, die Bevölkerungsentwicklung/-zusammensetzung und so weiter). Das Benchmarking ist von den Optionskommunen selbst angelegt und wird mit den entsprechenden Partnern (wissenschaftliche Begleitung) realisiert.

Oft werden in den Maßnahmen bestimmte Vermittlungsquoten vorgegeben, die bis zum Ende der Maßnahmen zu erreichen sind. Die Vermittlungsquote selbst gestattet jedoch keine Aussage über die Nachhaltigkeit der Maßnahme. Sie sagt nichts über die Relation Maßnahmeaufwand/ Maßnahmedauer zu Vermittlungsquote *und* auch nichts über die Verweildauer des Vermittelten auf dem ersten Arbeitsmarkt.

„Ich nehme zunehmend wahr, dass da Leute sind, denen wir andauernd rausgeholfen (haben), aus der Langzeitarbeitslosigkeit, durch alle möglichen Trainingsmaßnahmen und Fördermaßnahmen“, bemerkte ein Gesprächsteilnehmer. Viele Menschen würden aber nicht mehr daran glauben, dass dies aus der Langzeitarbeitslosigkeit führen würde, denn tatsächlich würden nur wenige den ersten Arbeitsmarkt erreichen. Den Menschen würde keine Perspektive mit kurzfristigen Maßnahmen geboten. – Diese Ansicht wird übrigens auch durch unsere Befragung von MAE-Stellen-Inhabern gestützt!

Ein anderer Gesprächsteilnehmer sagte: *„Die Sache mit dem Fachkräftemangel, als Not empfunden, ist ein Stück verlogen. Und das hab ich bei einem Vertreter der IHK gelernt, der uns erzählt hat, wie viele Tausend ehemalige Ingenieure im Land Brandenburg herumlaufen, schon lange keine Ingenieure mehr sind - für die man ein gutes Jahr bräuchte, war seine Aussage, um sie so zu qualifizieren, dass sie als Ingenieur wieder auf dem aktuellen Stand in ihren Beruf wieder rein könnten. Aber das wiederum scheitert an den Richtlinien für die vorhandenen Instrumente. Also eigentlich, sag ich jetzt mal politisch, ist die These von dem Fachkräftemangel verlogen. Weil er ist behebbar und man weiß sogar wie das funktionieren kann. Aber die Bürokratie, das hat jetzt nichts mehr mit der Option zu tun, ist so ausgerichtet, dass sie genau das nicht zulässt.“*

Fazit

In den Optionskommunen wurden für die Aufgaben der Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen eigenständige Ämter beziehungsweise Eigenbetriebe

gegründet. Die personelle Ausstattung musste fast überall aufgestockt werden, da die Zahl der Hilfebedürftigen und der Arbeitsaufwand zunächst unterschätzt wurden. Pro Landkreis sind etwa 250 bis 350 Personen mit diesen Aufgaben betraut. Neben dem Einsatz von Mitarbeitern aus Gemeinde- und Kreisverwaltungen wurden auch Zeitstellen geschaffen. Flächenkreise richteten zumeist räumlich verteilte Regionalstellen ein. Die parlamentarische Betreuung und Kontrolle dieser Ämter und Eigenbetriebe ist in fast jedem Optionskreis anders geregelt. Sie reicht von einer angemessenen Einbeziehung der Kommunalpolitiker bis zu deren fast völligen Ausgrenzung beziehungsweise Bedeutungslosigkeit.

Ein weiteres Problem stellt die Qualifikation und Funktionsbeschreibung der Fallmanager dar. Das zunächst partiell favorisierte Leitbild von Leistungsrechner, persönlicher Ansprechpartner der Langzeitarbeitslosen und Arbeitsvermittler musste sehr schnell umstrukturiert werden. Zumeist wurden zwei Bereiche ‚Grundsicherung/Leistungsrechnung‘ beziehungsweise ‚Vermittlung/Betreuung‘ eingerichtet. Insbesondere im Bereich der unmittelbaren Betreuung wurden erhebliche Defizite der Qualifikationen der Fallmanager konstatiert (wenig Erfahrungen, fehlende Sozialkompetenz beziehungsweise sozialpädagogische Kenntnisse). Natürlich leidet gelegentlich die Motivation dieser Mitarbeiter – ob der Befristung ihrer Verträge bis zum Ende der Erprobungsphase 2010.

Die Optionskreise beklagten auch, dass der bürokratische und verwaltungstechnische Aufwand enorm hoch sei und viele Mitarbeiter binde. So hätte der Prozess bis zur adäquaten statistischen Erfassung aller Leistungsempfänger ein bis anderthalb Jahre gedauert. Zweihundert Personenmerkmale sind laufend zu verfolgen und zu melden. Der Anteil erwerbsfähiger Personen unter den Beziehern von ALG II ist hoch, aber auch derjenigen Menschen, die versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse haben und dennoch Leistungen beziehen müssen. Dies deutet an, dass auch im Land Brandenburg ein großes Segment Armer entstanden ist, so wie wir es für Mecklenburg-Vorpommern im Kontext der Kinderarmut kürzlich beschrieben haben. Gerade die Vermittlungserfolge der Betroffenen auf den 1. Arbeitsmarkt sind in den meisten Optionskreisen eher bescheiden. Vielfach werden die ALG-II-Empfänger in den unterschiedlichsten Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes über Wasser gehalten. Wichtig erscheint auch der Hinweis, dass es gar nicht um eine Konkurrenz von ARGE und Optionskommune gehe, sondern um eine Vergleichbarkeit der

Optionskommunen untereinander. Allerdings muss das Erfolgskriterium Vermittlungsquote doch unter den Gesichtspunkten „Verweildauer“ auf dem 1. Arbeitsmarkt, „Aufwand für stützende Maßnahmen, um die Person auf dem Arbeitsplatz zu halten“ (wie Zuschüsse an den Arbeitgeber) und „vorangehender Maßnahmeaufwand“ betrachtet werden. Sonst verkommt es zu einem Propagandainstrument.

An dieser Stelle muss allerdings auch Erwähnung finden, dass gerade Vertreter von Betroffenen-Initiativen die Optionskommunen mit Argwohn betrachten. Dafür gibt es zwei wichtige Beweggründe, die aus rein kommunalpolitischer Sicht zunächst gar nicht auffallen:

- Die Durchsetzung bundeseinheitlicher Gesetze wird erheblich erschwert. Die Betroffenen sind der Willkür der Kommunen ausgesetzt.
- Dies gipfelt dann darin, dass die Personen von der gleichen Kommune verwaltet und als „Ein-Euro-Jobber“ angestellt werden.

Dies könnte schon Verhältnissen den Boden bereiten, wie sie vor dem mehrheitlichen Aufkommen der doppelt freien Lohnarbeit im Okzident herrschten – zumindest wenn man die Betroffenen im erwerbsfähigen Alter betrachtet.

4 MAE aus Sicht der Sozialverbände und Bildungsträger

Mit Vertretern von sozialen Verbänden, die familienbezogen (beratend, betreuend) tätig sind und den Vertretern von Bildungsträgern wurden Interviews zu einer Reihe von Fragen durchgeführt.

Die Fragen, die wir stellten waren auf den Einsatz von MAE-Kräften und den damit verbundenen Effekten gerichtet. Wir baten, sich an das Jahr 2008 und die ersten Monate des Jahres 2009 zu erinnern (siehe auch ANHANG II). Insbesondere unsere Gesprächspartner aus Bildungseinrichtungen hatten mehrheitlich Personen aus „Ein-Euro-Projekten mit Qualifizierungsanteilen“ vor Augen.

- Welchen **Stellenwert** haben *MAE* und *Arbeiten auf der Basis von Kommunalkombi* unter Stelleninhabern und ihrer Umgebung? Sind sie zum Beispiel begehrt? Werden sie eher abgelehnt? (Frage 1)

Eine unserer Gewährspersonen aus dem sozialen Bereich meinte, „..., dass die MAE-Maßnahmen unterschiedlichen Stellenwert haben bei den Klienten. Die einen freuen sich, eine Maßnahme zu haben (und) damit eine Struktur, eine Tagesstruktur zu bekommen, andere wiederum empfinden es als Belastung.“ Manche Personen, die gern eine Verlängerung wünschen und diese nicht bekämen, seien traurig.

Eine andere Gesprächspartnerin meinte: „Es hält sich die Waage mit Annahme und Ablehnung von MAE. Es gibt Leute, die so lange raus sind und es nicht hinkriegen, zur Arbeit zu gehen. Sie haben länger als 10 Jahre nicht mehr gearbeitet.“ Diese für manche Menschen unglaublich klingenden Angaben werden durch die Befragungsergebnisse aus Abschnitt 5 ganz eindeutig gestützt.

„Aber junge Leute würden lieber eine gut bezahlte Arbeit bekommen, in der sie tatkräftig mitarbeiten können und lehnen diesen Ein-Euro-Job meistens sehr stark ab“, erklärt uns eine Vertreterin eines Bildungsunternehmens.

- Welche Aussagen lassen sich bezüglich der **finanziellen Effekte** für die Stelleninhaber machen? (Antworten Sie bitte aus Sicht der Betroffenen) (Frage 2)

„Bei manchen ist es ein wirkliches, zusätzliches Einkommen. Andere müssen einen hohen Anteil aufwenden, um die MAE wahrnehmen zu können, zum Beispiel das Fahrgeldaufkommen.“ Diese Problematik wird von mehreren unserer Gesprächspartner diskutiert: „Dass es eben Menschen gibt, die mit einem Fahrrad zu ihrem Ein-Euro-Job fahren, die wirklich Eins zu Eins dieses Geld haben. ... aber, dass Andere ja sich ... ne Monatsfahrkarte kaufen müssen und dann weiß ich, 30 Euro einsetzen und dieses Geld von vornhinein weg ist.“ Von positiven Auswirkungen sprach die folgende Gewährsperson, die meinte: „..., weil die Klienten dadurch auch noch mal finanziellen Spielraum haben. Manchmal ist es so, wer Sanktionen hat und eine Maßnahme gleichzeitig hat, da fällt die Sanktion nicht so schwer ins Gewicht ...“ „Also, die Meisten sind sehr dankbar, dass sie sich noch was dazu verdienen können. Sie kriegen ja pro Stunde nur 1,30“, meint die Vertreterin einer Bildungseinrichtung – und sie fügt relativierend hinzu: „... was sich natürlich wenn man's zuerst hört, ganz schrecklich eigentlich anhört.“

- Lassen sich Anzeichen für neue **Hierarchien** unter ALG-II-Empfängern ausmachen? Wirkt sich eine *MAE-Stelle* zum Beispiel auf das **Sozialprestige** aus? (Frage 3)

Diese Frage wurde durchaus kontrovers beantwortet. Während die meisten unserer Gewährspersonen klar sagten: *„Leute, die MAE haben, verhalten sich anderen Hartz-IV-Empfängern gegenüber im Freundes- und Bekanntenkreis nicht anders.“* Oder: *„Ob sich nun einige ... bevorzugt fühlen durch solche Tätigkeit, das lässt sich schwer sagen.“* Aber wir erhielten auch die folgende Mitteilung: *„Naja, untereinander sehn se das wirklich dann so, dass der Andere dann auf einmal einen Job hat. Was der andre nicht hat!“*

- Hat der Einsatz Auswirkungen auf die Personen, die die Stellen innehaben, auf deren **Tagesablauf** und auf Persönlichkeitseigenschaften? (Frage 4)

Diesbezüglich werden ausschließlich positive und zum Teil auch starke Effekte durch unsere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner berichtet: Man könne sich wieder zeigen, müsse sich nicht mehr „verstecken“. Die Menschen würden motiviert, täglich aus dem Haus zu gehen. Sie würden oft auch wieder in stärkerem Maße auf Körperpflege und Aussehen achten, ihr Selbstbewusstsein werde angehoben. Es gäbe aber Probleme, wenn junge Mütter keinen Anspruch auf einen Kita-Platz hätten.

Generell würde die Tagesstruktur aber wieder geordnet werden. Einige Originalbeispiele wollen wir vorstellen: *„... das gibt den Leuten auch Struktur wieder, sich langsam ans Arbeitsleben zu gewöhnen, es gibt auch Selbstvertrauen wieder, für etwas nützlich zu sein, ne Aufgabe für sich zu haben, so was wirkt sich positiv aus, aber auch nur bei den Maßnahmen, wo die Leute auch dahinter stehen. Also, das heißt, wer unzufrieden mit der Maßnahme ist, der bekommt kein Selbstvertrauen.“* Eine andere Gewährsperson ergänzt: *„Damit kommt auch wieder dieser Rhythmus. Zum Beispiel Pünktlichkeit, ordentlich auch ein bisschen, und vielleicht auch mal mit gekämmten Haaren ...“*

„Wir haben festgestellt, dass zum Beispiel auch Personen, die Probleme mit Alkohol oder Drogen haben ... während dieser Zeit nicht ihrer Sucht nachgehen, sondern

dass sie es schaffen, durch die Tagesstruktur ... ihrem Leben wieder ein Stückweit einen Sinn zu geben.“

- In welchen **Bereichen** erfolgt der Einsatz der MAE-Stellen und Arbeitsstellen auf der Basis von Kommunalkombi? Haben sich dort Veränderungen/Entwicklungen vollzogen? (Frage 5)

„... die Einsatzstellen sind recht verschieden. Von Kindergärten, Alterspflege, bis Grünanlagepflege - das sind vor allen Dingen die Bereiche, wo die jungen Leute eingesetzt werden“, wurde uns erklärt. Eine andere Partnerin erwähnte den Einsatz in Sportstätten und saisonbedingt im Heizhaus.

Die Vertreterin eines sozialen Verbandes in einer Berlinnahen Region meint: „..., wie gesagt Gartenpflege, Landschaftspflege, was jetzt in den Gemeinden ist ..., dann in Altenpflegeheimen, Seniorenheimen ...“ Und die Vertreterin einer Bildungseinrichtung aus der gleichen Region zählt auf: „Also vermehrt erfolgt jetzt ein Einsatz sehr viel im Kinderbetreuungsbereich. Seniorenbereich,..., also Betreuung von Senioren war ne zeitlang vermindert, wird jetzt aber auch wieder stärker und doch, Kinderbetreuung ist groß gefragt. ... Jetzt im Herbst wieder ganz stark Außenanlagepflege. Da schreien die Gemeinden und auch die öffentlichen Kindergärten, Seniorenheime um Hilfe. Aber das sieht man jedes Jahr. Also Veränderungen kann ich da eigentlich nicht so sehr feststellen.“ Der folgende Interviewausschnitt einer anderen Interviewten erläutert das Feld „Kinderbetreuung“ ein wenig: „ ...wir als Träger haben in der Vergangenheit mit verschiedenen Senioreneinrichtungen zusammen gearbeitet ... und mit Gemeinden in der Unterstützung der Grünanlagenpflege zum Beispiel. Wir haben den Bereich des Erziehungshelfers in Kindertageseinrichtungen erst relativ spät ... mit in dieses Programm mit aufgenommen. Weil wir immer der Meinung waren, das nützt den Leuten nichts, wenn sie als Erziehungshelfer dort in der Kita mitarbeiten. Sie werden langfristig nichts davon haben, um in Arbeit zu gelangen. Allerdings haben wir festgestellt, dass es also schon ein Erziehernotstand gibt und es einfach auch einen dringenden Bedarf ... an Erziehungshelfern gibt.“

- Halten Sie den Einsatz für **sinnvoll und effizient**? (Frage 6)

Diese Frage wird zwiespältig beantwortet. Hören wir zunächst einige Aspekte der „Lichtseite“: *„Immer dann, wenn man jungen Menschen Achtung und Bildung gibt ist es sinnvoll!“* Oder: *„... ich denke schon, dass es für die Leute sinnvoll ist und eine Tagesstruktur zu bekommen, um Bestätigung zu bekommen, dass sie zu was nütze sind. Es ist gut von dem Finanziellen her, dass die Klienten noch mal so ein kleines Polster bekommen, womit sie dann auch, wenn sie keine Schulden haben, auch was ansparen können, wo sie dann mal wieder in den Urlaub fahren könnten, oder eine kleine Reise machen können, ...“*

Oder: *„... dahingehend sinnvoll, dass Leute täglich aufstehen müssen, das Haus verlassen und sich überwinden müssen.“* Das folgende Statement könnte als Zusammenfassung der positiven Aspekte stehen: *„Weil es den Leuten persönlich hilft und ich seh es also wirklich nur, um sie wieder heranzuführen an das normale Arbeitsleben.“*

Aber, es gibt auch die „Nachtseite“, die unsere Gesprächspartnerinnen und -partner in folgender Weise erleben: *„Ich habe das Gefühl, dass verschiedene Einrichtungen mit MAE feste Arbeitskräfte einsparen können.“* Oder: *„Niemand kommt durch eine MAE in den ersten Arbeitsmarkt, da besteht keine Chance!“* Der folgende Interviewausschnitt leitet schon zur letzten Frage über: *„Andererseits sag ich mir, wenn ich dann immer sehe, wie viel Leute eigentlich wirklich gebraucht werden und die Nachfrage ist ja immer höher als das Angebot, ... dann frag ich mich, wenn man das alles als sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze machen könnte, hätt man wirklich ... deutlich weniger Arbeitslose!“*

- Erleben Sie die Etablierung von MAE- und Arbeitsstellen auf der Basis von Kommunalkombi als **Konkurrenz** zu „regulären“ Arbeitsplätzen? (Frage 7)

Es gibt eine Reihe von Bereichen, für die sagen die von uns Interviewten ganz klar, dass es sich um die Konkurrenz von Billigarbeit gegenüber regionalen Firmen handelt:

- *„Es kann eine Konkurrenz zu regulären Arbeitsplätzen sein besonders im Krankenhaus, Küche, Pflegebereich.“*

- *„Was Landschaftspflege betrifft, gibt es genügend Betriebe, die es machen könnten.“*
- *„... dass es schon eine Konkurrenz ist in einigen Gebieten ... ich denke jetzt bei Arbeiten ohne Vorbildung ist es eine Konkurrenz ... wie zum Beispiel Reinigungskräfte.“*

Einige Gesprächspartner erhoben die Forderung, *„ ... , dass es besser ist, Arbeitsplätze zu schaffen, wo die Leute dann richtigen Lohn bekommen ...“* Oder: *„Es gibt parallele Tätigkeiten wo man sagt, warum wird für die Person nicht ein Lohn ausgezahlt, warum hat der nur sein Hartz IV und seine Mehraufwandsentschädigung.“*

Aber wir müssen auch ein Faktum wiederholt zur Kenntnis nehmen, dass uns auch in Diskussionen mit Kommunalpolitikern wiederholt begegnete: *„Ansonsten, die Gemeinden zum Beispiel, die verfügen über so wenig finanzielle Mittel, die würden es sich sowieso nicht leisten können, denjenigen zu beschäftigen.“*

Abschließen möchten wir mit einem Zitat, das zugegebenermaßen sehr drastisch ist. Wenn sich aber im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit nicht in kürzester Zeit drastische Änderungen vollziehen, könnte die folgende Beschreibung in naher Zukunft immer mehr an Realitätsgehalt gewinnen: *„Außerdem haben wir einfach nicht mehr so viele arbeitsfähige Arbeitslose, dass wir von einer Konkurrenz sprechen könnten! Das was wir jetzt an Arbeitslosen haben, sind Menschen die weit vom Arbeitsmarkt entfernt sind, die gering qualifiziert sind, die nicht mobil sind und multiple Vermittlungshemmnisse haben.“*

Fazit

Die Vertreterinnen und Vertreter von Bildungseinrichtungen und Trägern der Sozialarbeit sehen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung als wichtig für die Aufrechterhaltung/ Wiedererlangung der Tagesstruktur – als wesentlicher Voraussetzung der Teilhabe am Arbeitsleben. Wenn die Tätigkeit auf ein Mindestmaß an Akzeptanz stößt, kann sie auch das Selbstwertgefühl erhöhen, Außenkontakte und die Mobilität fördern. Als problematisch wird angesehen, dass der Fahrtweg häufig noch den ohnehin sehr schmalen Verdienst schmälert. Einen

substantiellen Beitrag zur sozialen Differenzierung in diesem stärker werdenden sozialen Segment leistet MAE derzeit offensichtlich nicht.

Einig waren sich die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner dahingehend, dass MAE keinen tatsächlichen Einstieg in den so genannten „1. Arbeitsmarkt“ eröffnet, obwohl sowohl kommunale als auch private Träger gern mit MAE arbeiten. Zum Thema *Konkurrenz* wollen wir drei Argumentationsrichtungen hervorheben:

- Im Gartenlandschaftsbau, bei bestimmten pflegenden Tätigkeiten, bei Reinigungstätigkeiten stellen Arbeitsgelegenheiten mit MAE durchaus eine massive Konkurrenz zu regionalen Unternehmungen dar. Allerdings bleibt fraglich, ob die Tätigkeiten tatsächlich ausgeführt würden, wenn sie vollständig bezahlt werden müssten.

- Letzteres gilt auch für Tätigkeiten im Bereich öffentlicher (und in kommunaler Nähe tätiger, gemeinnütziger) Träger. Genau dies wurde uns vor wenigen Wochen auch während einer öffentlichen Veranstaltung in Potsdam erklärt. Viele Tätigkeiten, die keine Pflichtaufgaben von Kommunen seien, würden ohne MAE ersatzlos wegfallen. Faktisch würden MAE aktuell die in diesem Bereich einst so wichtigen ABM ersetzen. Finanziell gesehen handelt sich aber für die Personen und für die gemeinnützigen Vereine um eine Substitution auf einem drastisch abgesenkten Niveau.

- Viele Arbeitslose würden aktuell auf Grund ihres Kenntnisniveaus, ihrer verfügbaren „Arbeitstugenden“ keine Konkurrenz für den ersten Arbeitsmarkt darstellen. Diese bittere Feststellung beschreibt einen Zustand, der sich mit der Dauer des Fernhaltens von Personen vom Arbeitsleben verstärkt.

5 Die Sicht der Betroffenen – Auswertung der Fragebögen, Turbulenzen auf dem 2. Arbeitsmarkt in den Kommunen des Landes Brandenburg?’

Im Frühjahr des Jahres 2009 befragten wir 150 Inhaber von MAE-Stellen im Land Brandenburg mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens (siehe Anhang III).

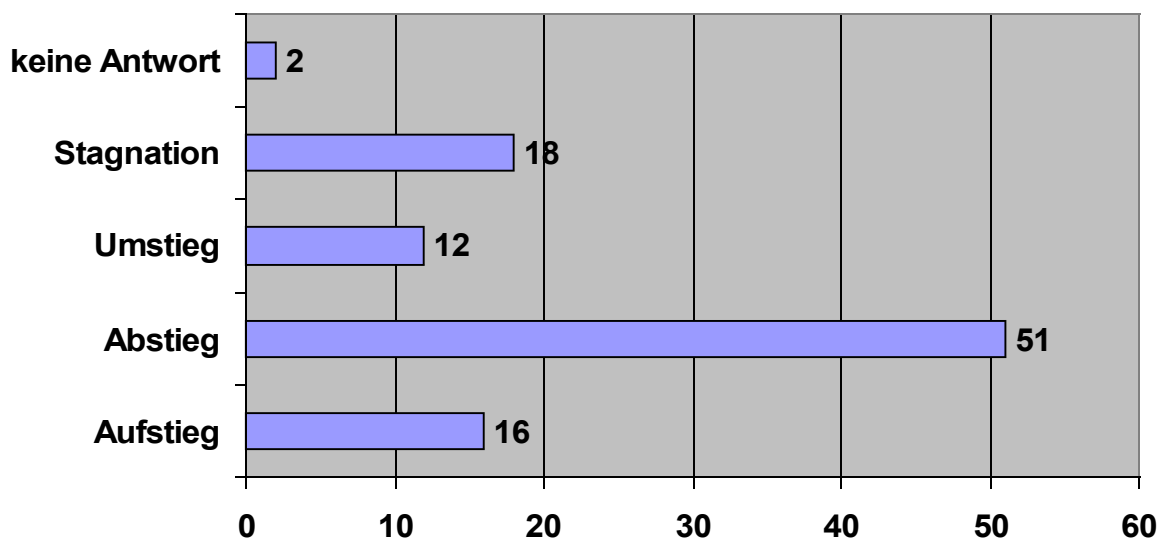
Alter:

Das Alter der Befragten beträgt im Durchschnitt 41 Jahre. Die Altersspanne lag zwischen 22 und 59 Jahren.

Geschlecht: Von den 150 Befragten waren 90 weiblichen und 60 männlichen Geschlechts.

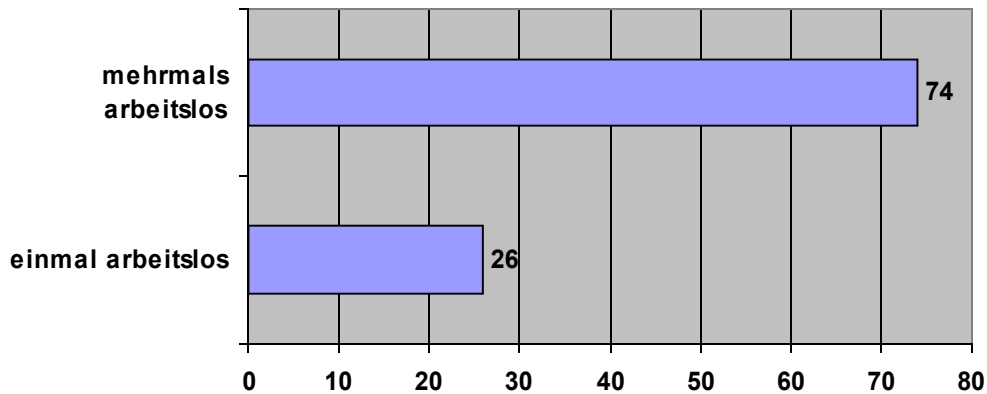
Bildungsabschluss: 92 Befragte waren Facharbeiter beziehungsweise Meister, insgesamt 35 verfügten über einen Fachschul-, Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss. 21 der Befragten waren ungelernt und 2 befanden sich in einer Ausbildung. Dieses Qualifizierungsprofil entspricht – bis auf den erhöhten Anteil an Befragten ohne Berufsabschluss – durchaus in etwa der Bildungsverteilung der Brandenburger Bevölkerung.

Bilanz des beruflichen und persönlichen Weges der letzten 20 Jahre (Frage 1, Angaben in %):



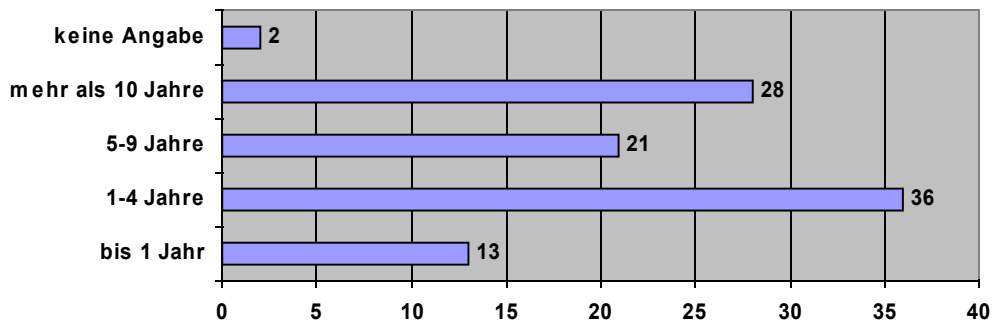
Die Hälfte der befragten Personen sieht die persönliche und berufliche Entwicklung der letzten 20 Jahre als Abstieg. Weitere 18% konstatierten lediglich eine Stagnation. Nur 16% verstanden diesen biografischen Verlauf als Aufstieg, weitere 12% als Umstieg. Der befragte Personenkreis fühlt sich also sehr deutlich als Verlierer der letzten 20 Jahre.

Häufigkeit der Arbeitslosigkeit in den letzten 20 Jahren (Frage 2, Angaben in %)



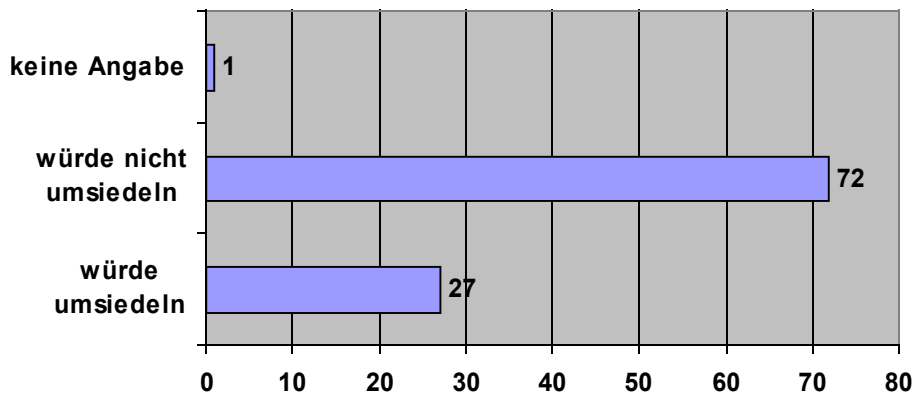
Fast dreiviertel der befragten Personen war in den letzten 20 Jahren mehrmals arbeitslos, ein weiteres Viertel war bereits einmal mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Diese klaren Aussagen belegen, warum sie die vergangenen 20 Jahre für ihre persönliche und berufliche Entwicklung so negativ einschätzen.

Dauer der Arbeitslosigkeit in den letzten 20 Jahren (Frage 3, Angaben in %)



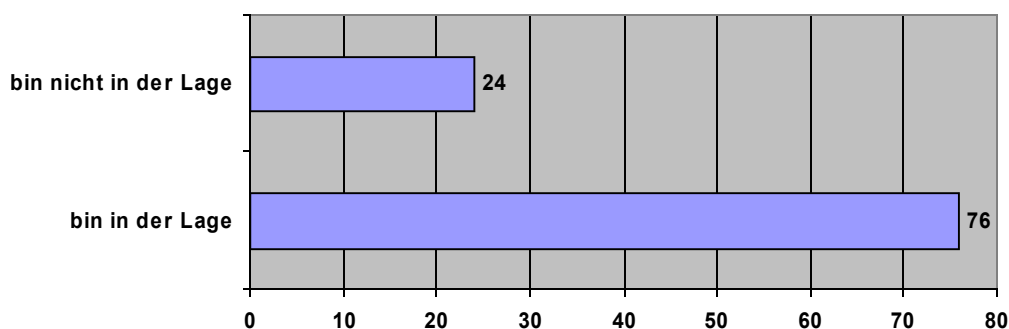
Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit der letzten 20 Jahre beträgt bei den Befragten 5,4 Jahre. Davon waren 28% der befragten Personen 5 bis 9 Jahre arbeitslos und 21% sogar 10 Jahre oder länger ohne Beschäftigung. Dies darf als ein deutliches Indiz dafür gewertet werden, dass dieser Personenkreis kaum eine ernsthafte Chance auf eine reguläre Beschäftigung hatte und – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise - haben wird.

Umzugsbereitschaft für einen Arbeitsplatz (Frage 4, Angaben in %)



Fast Dreiviertel der Befragten würde für einen Arbeitsplatz nicht umziehen. 27% würden es tun. Ein Grund für die klare Abneigung könnte darin zu suchen sein, dass der Arbeitsplatz, der nach Jahren der Arbeitslosigkeit zu erheischen wäre, wohl eher ein schlecht bezahlter und unsicherer sein würde. Aber auch die tradierte Bodenständigkeit der Märker, gepaart mit dem Nichtbezahlenkönnen eines diesbezüglichen Umzugs, mag als Grund dafür gelten.

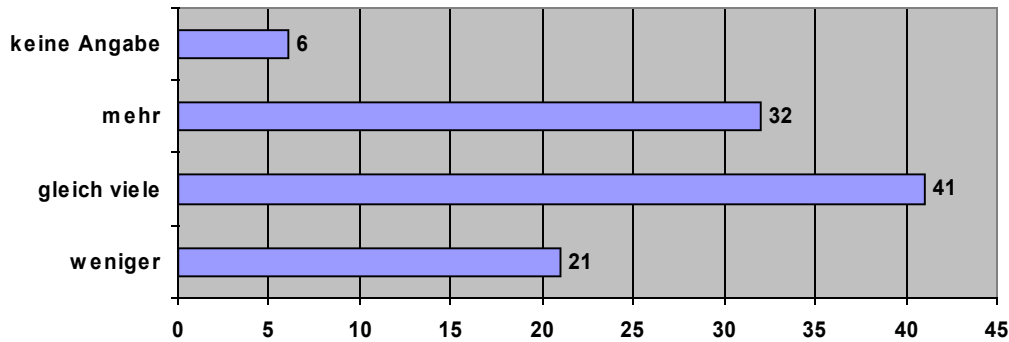
Fähigkeit für die vollständige Rückkehr in das Arbeitsleben (Frage 5, Angaben in %)



Durchaus selbstbewusst schätzen die Befragten ihre Fähigkeiten ein, vollständig in das Arbeitsleben zurückzukehren. Über dreiviertel von ihnen vertraten diese Meinung. Nur ein knappes Viertel fühlt sich diesbezüglich nicht in der Lage. Es darf

vermutet werden, dass in besonderer Weise die Ungelernten zu dieser Gruppe gehören.

Gegenwärtige Problemhäufigkeit bei der Strukturierung des Tagesablaufes im Vergleich zu vor 2 Jahren (Frage 6, Angaben in %)

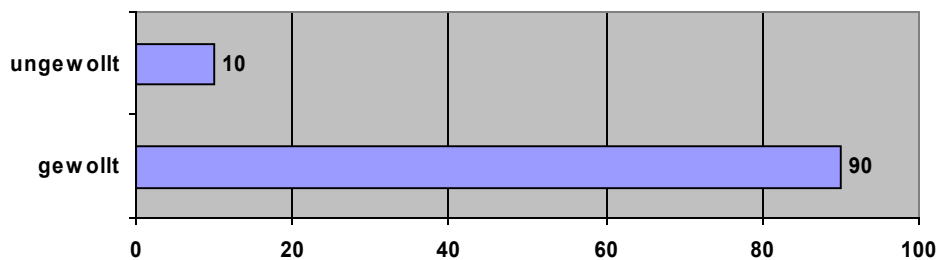


Es ist nicht verwunderlich, dass 73% der befragten Personen in den letzten 2 Jahren gleich viele beziehungsweise mehr Probleme hatten, ihren Tagesablauf in den Griff zu bekommen. Nur 21% von ihnen teilten mit, weniger mit Problemen zu kämpfen zu haben. Offensichtlich ist es trotz verschiedener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht gelungen, diesem Personenkreis zu helfen, seine Probleme bei der Strukturierung des Tagesablaufes zu minimieren.

Geplante Dauer der Beschäftigung (Frage 8)

Die mehrheitlich genannte geplante Dauer der entsprechenden Maßnahme liegt bei 6 Monaten. Die mitgeteilte Zeitspanne reicht von 3 bis 12 Monaten.

Erwünschtheit der Beschäftigung (Frage 9, Angaben in %)



Die 90-prozentige Gewolltheit der Fördermaßnahmen des 2. Arbeitsmarktes (MAE-Stellen) spricht für die Sinnhaftigkeit und die Zustimmung der Betroffenen zu diesen

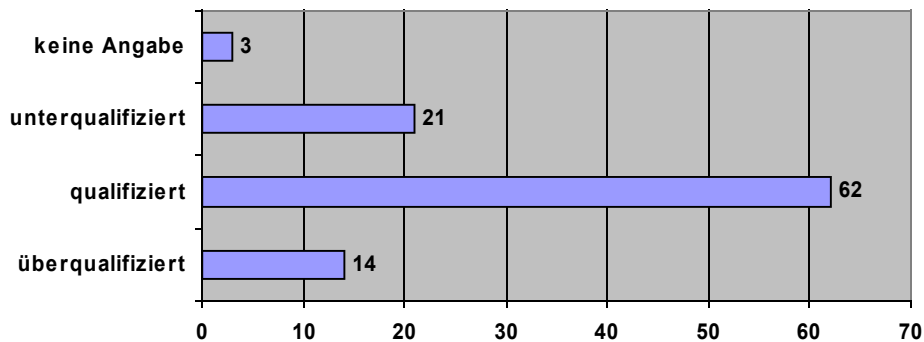
arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien. Nur 10% der Befragten waren der Meinung, ungewollt in diese Maßnahmen gekommen zu sein. Möglicherweise schwingt hier – nach Jahren der Enttäuschung – auch eine gewisse Resignation mit.

Art der Tätigkeit auf dem 2. Arbeitsmarkt (Frage 10, Angaben in absoluten Zahlen)

Tätigkeitsgruppe	Tätigkeit	Personenanzahl N= 150
Pfleger ZS = 38	Altenpfleger	12
	Altenpflegeassistent	2
	Pflegehelfer	20
	Altenpflegehelfer	4
Betreuer ZS = 27	Kinderbetreuer	5
	Schülerbetreuer	2
	Seniorenbetreuer	2
	Betreuer/ Aufsichtsperson	8
	Busbegleiter	6
	Betreuer im Café	2
	Kreativbastlerin	2
Hausmeister ZS = 14		14
Reinigungskraft ZS = 4		4
Müllentsorger ZS = 2		2
Hoch- und Tiefbau ZS = 6	Bauhelfer	2
	Tiefbauhelfer	4
Garten-, Landschaftsbau ZS = 12	Landschaftspfleger (-reiniger)	11
	Grünanlagenpflegehelfer	1
Schneiderin ZS = 2		2
Museumsmitarb. ZS = 3		3
Redakteur ZS = 2		2
Berater ZS = 2		2
Sonstige ZS = 29	Hilfskraft; Helfer; 1-€-Job	29
keine Antwort ZS = 9		9

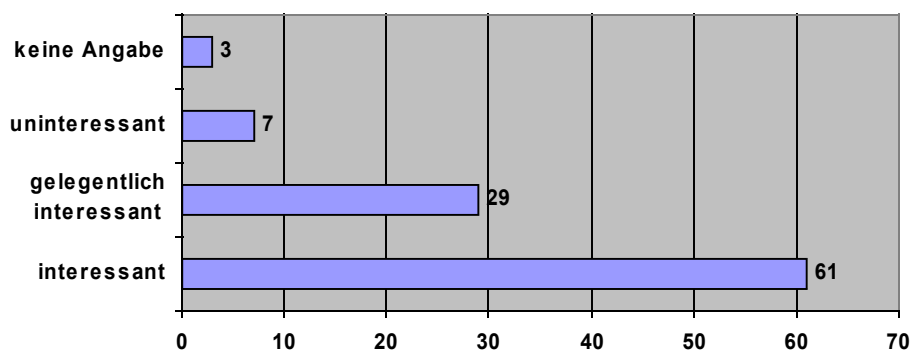
Für die bessere Einordnung der Antworten auf die Frage nach der Art der Tätigkeit auf dem 2. Arbeitsmarkt wurden Kategorien gebildet. Mit Hilfe dieser Kategorien wird sehr deutlich sichtbar, in welchen Tätigkeitsbereichen die Befragten eingesetzt werden. Pflegende (38 Personen) und betreuende Tätigkeiten (27 Personen) gehören zu den häufigsten Aufgaben, die zu erfüllen waren. Aber auch Hausmeistertätigkeiten (14 Personen) und Garten- und Landschaftsbau (12 Personen) zählen dazu. Nennenswert erscheinen auch noch die Tätigkeiten im Baugewerbe (6 Personen). Bei all diesen Tätigkeitsfeldern bleibt sehr fraglich, ob das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt wird und keine Konkurrenz zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt entsteht.

Qualifikationsprofil für die ausgeübte Tätigkeit (Frage 11, Angaben in %)



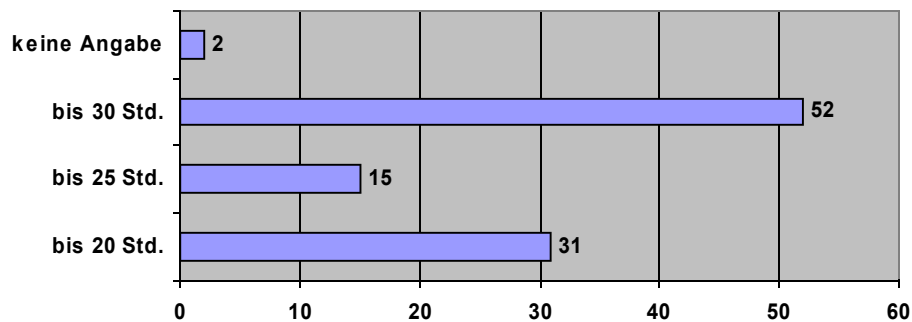
Etwa zwei Drittel der befragten Personen waren der Meinung, dass sie für ihre Tätigkeit durchaus angemessen qualifiziert seien. 21% von ihnen fühlte sich unterqualifiziert, lediglich 14% hielten sich für überqualifiziert. Hier scheint es durchaus gelungen, das Anforderungsprofil der entsprechenden Tätigkeit und die persönliche Qualifikation mehrheitlich in Übereinstimmung zu bringen.

Interessiertheit an der Tätigkeit (Frage 12, Angaben in %)



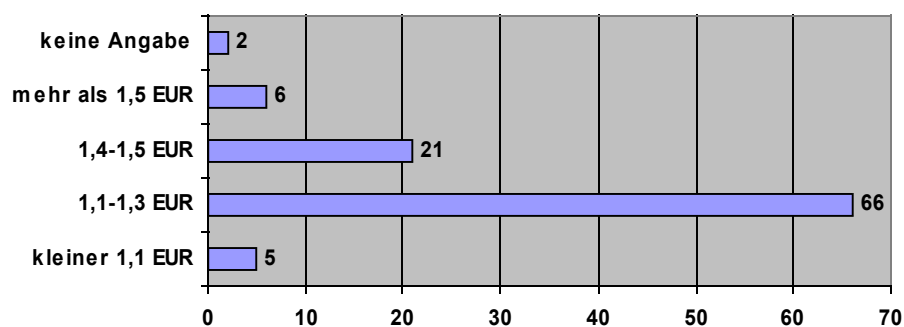
Auch wird das Interesse an der Tätigkeit durch die Stelleninhaber überwiegend positiv eingeschätzt. 61% von ihnen finden ihre Tätigkeit durchaus interessant, weitere 29% hielten sie zumindest gelegentlich für interessant.

Länge der Wochenarbeitszeit (Frage 13, Angaben in %)



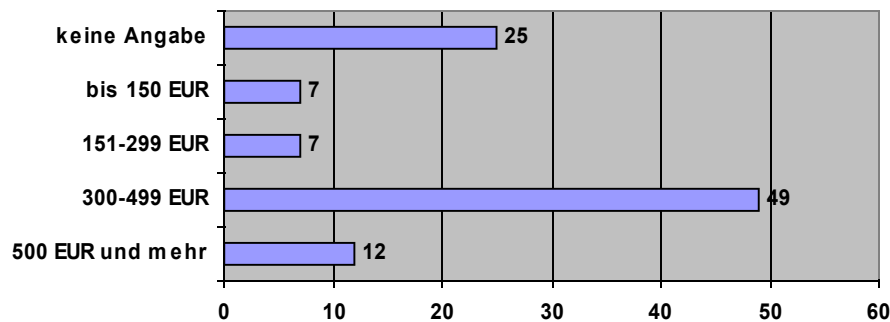
Die Mehrheit der Befragten (52%) teilte eine Wochenarbeitszeit von bis zu 30 Stunden mit. 31% arbeiten bis 20 Stunden die Woche und für 15% sind es bis zu 25 Stunden.

Stundenlohn der Tätigkeit (Frage 14, Angaben in %)



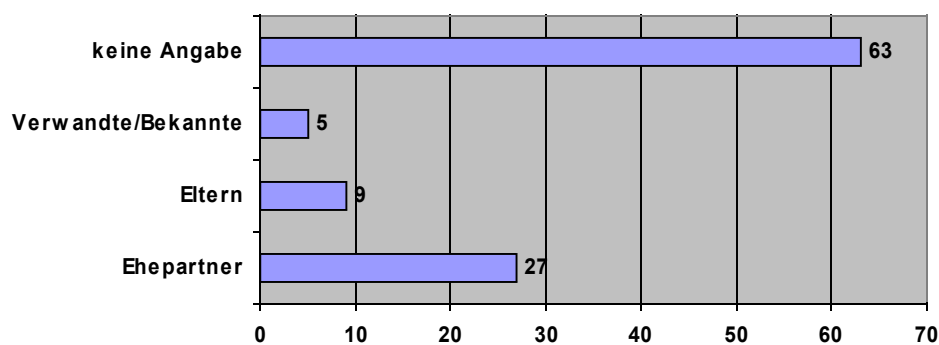
Das Gros (66%) der Befragten erhält – neben der Grundsicherung – zwischen 1,1 und 1,3 Euro Stundenlohn für seine Tätigkeit. Für 27% sind es etwas mehr (bis über 1,5 Euro). Selbst innerhalb des Segmentes der 1-Euro-Jobs schwankt also die Bezahlung um bis zu 50%. Zu beachten ist allerdings, dass die Berechnungsgrundlagen in den Optionskommunen zum Teil unterschiedlich sind. So können Fahrkosten (unterschiedlicher Höhe) eingerechnet beziehungsweise nicht in Anschlag gebracht worden sein.

Höhe der Gesamtzuswendungen aus öffentlichen Quellen, ohne Mietzuschuss (Frage 15, Angaben in %)



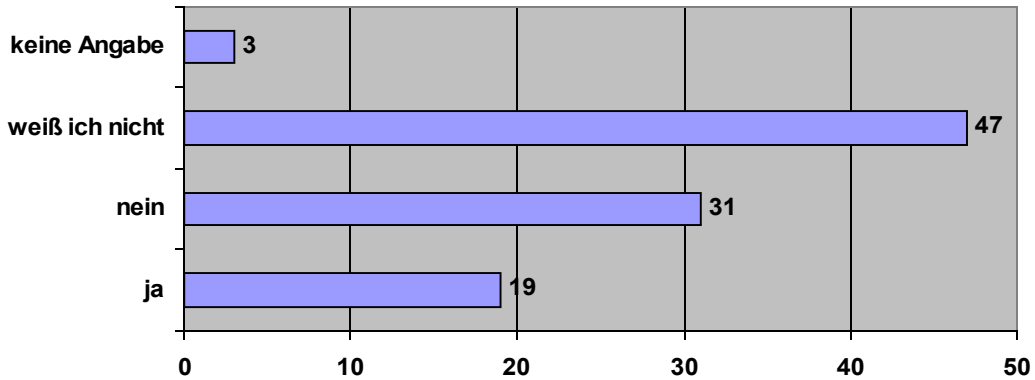
Fast die Hälfte der befragten Personen erhielt Zuwendungen der öffentlichen Hand (ohne Mietzuschüsse) von 300 bis 499 Euro. 12% gaben an über 500 Euro zu bekommen. Zusammengenommen müssen 14% der Befragten mit Leistungen bis maximal 299 Euro auskommen.

Finanzielle Unterstützung aus nichtöffentlichen Quellen (Frage 16, Angaben in %; Mehrfachnennungen waren möglich)



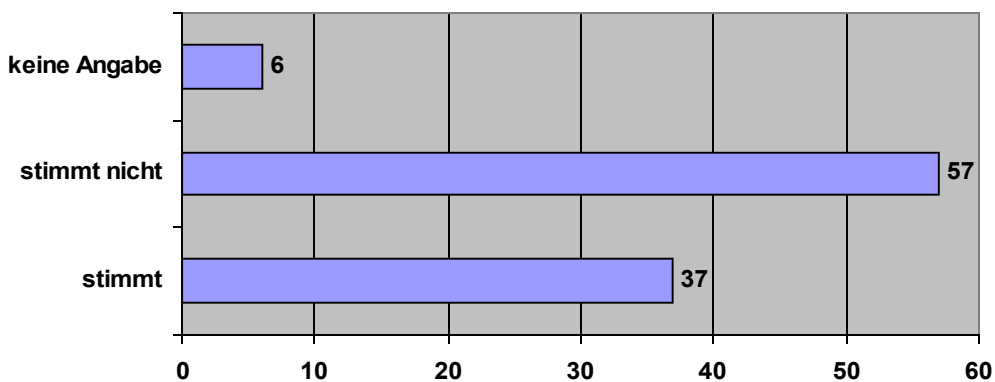
Bei über einem Viertel der Befragten sind Ehepartner die privaten finanziellen Unterstützer bei Engpässen. Die Eltern spielen diese Rolle zu 9%, Verwandte und Bekannte helfen eher in geringerem Maße (5%). Deutungswürdig erscheint in diesem Zusammenhang der hohe Prozentsatz (63%) derjenigen Befragten, der keine Angaben zu dieser Frage machte. Es ist sicherlich für die Mehrheit der Betroffenen nicht so einfach, zugeben zu müssen, dass jemand helfen muss und wer es ist.

Tätigkeit stellt eine Konkurrenz zu regionalen regulären Arbeitsplätzen dar (Frage 17, Angaben in %)



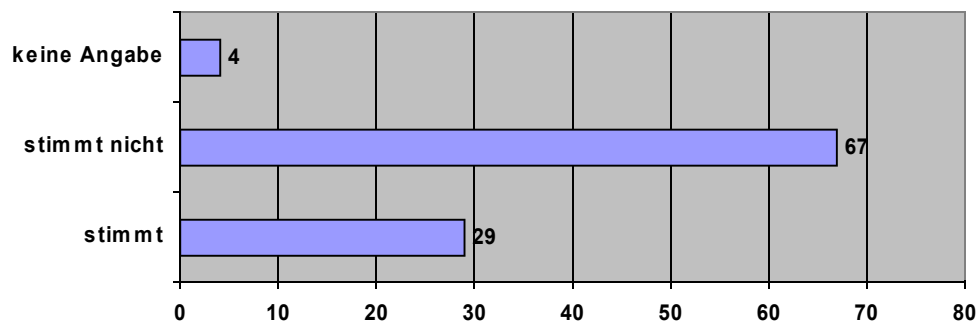
Fast die Hälfte der Befragten (47%) konnte oder wollte zu dieser Frage keine Auskunft geben. Ein knappes Drittel sieht seine Tätigkeit nicht in Konkurrenz zu regulären Arbeitsplätzen oder verdrängt eine solche Einsicht. Zu bedenken ist auch, dass das Antwortverhalten bei dieser Frage durch die vermutete Gefährdung oder die Abwertung der eigenen MAE-Stelle beeinflusst sein kann. Für immerhin 19% der befragten Stelleninhaber war eine solche Konkurrenzsituation allerdings gegeben. Die Analyse der Antworten zur Art der Tätigkeiten (Frage 10) lässt allerdings eine andere quantitative Deutung zu.

Achtung in der Familie durch MAE- beziehungsweise Ein-Euro-Job (Frage 18, Angaben in %)



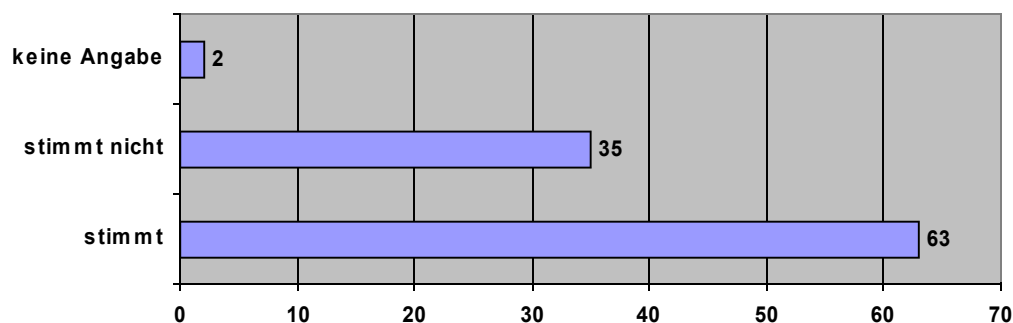
Eine Mehrheit der Befragten von 57% ist nicht der Meinung, dass die Beschäftigung in einer Stelle des 2. Arbeitsmarktes die Achtung in der Familie erhöht. 37% sehen dies anders und fühlen sich dadurch geachteter.

Achtung in der Öffentlichkeit, bei Nachbarn und Bekannten durch MAE- bzw. Ein-Euro-Job (Frage 19, Angaben in %)



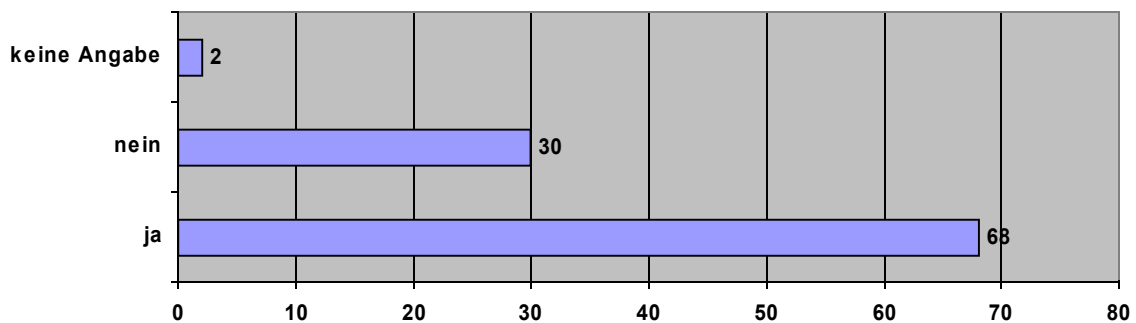
Auch in der Öffentlichkeit, bei Nachbarn und Bekannten erwarten die befragten Personen keinen Achtungserfolg durch eine solche Maßnahme. Eine große Mehrheit von 67% sieht dies so. 29% sind allerdings der Meinung, dass dies durchaus Achtung im öffentlichen Raum einbringen kann.

Selbstwertgefühl durch MAE- beziehungsweise Ein-Euro-Job (Frage 20, Angaben in %)



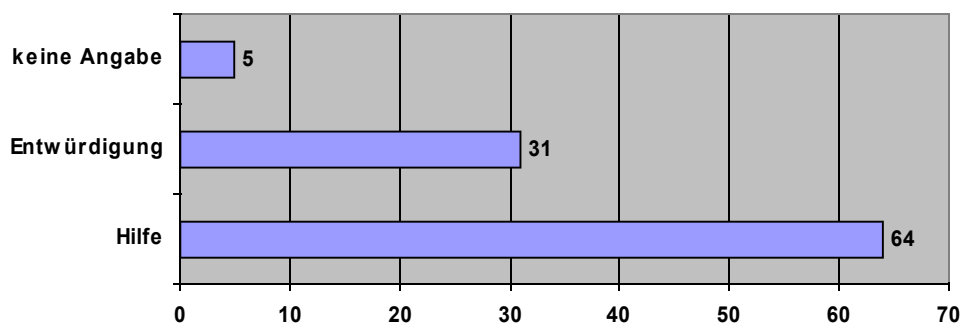
Bezogen auf das Selbstwertgefühl allerdings ist eine Tätigkeit im geförderten Arbeitsmarkt offensichtlich sehr wichtig, denn fast zwei Drittel der Befragten waren der Meinung, dass sie sich dadurch gestärkt fühlen. Bei einem Drittel trat dieser Effekt nicht ein.

Um zu erfahren, wie das Selbstwertgefühl und das soziale Prestige von Inhabern von MAE- beziehungsweise Ein-Euro-Jobs zusammen wirken, haben wir die Antworten der diesbezüglichen Fragen 18, 19 und 20 gebündelt. Der Antwortkategorie ‚ja‘ werden alle Personen zugerechnet, die wenigstens eine der drei angesprochenen Fragen mit ‚ja‘ beantwortet haben. Die gebündelte Kategorie ‚nein‘ umfasst die Personen, die dreimal die Fragen verneint haben.



Die Tätigkeit in einer MAE beziehungsweise einem Ein-Euro-Job ist – so wird von 68% der Betroffenen angenommen – positiv sowohl für das Selbstwertgefühl als auch für das soziale Prestige. 30% sind diesbezüglich gegenteiliger Ansicht.

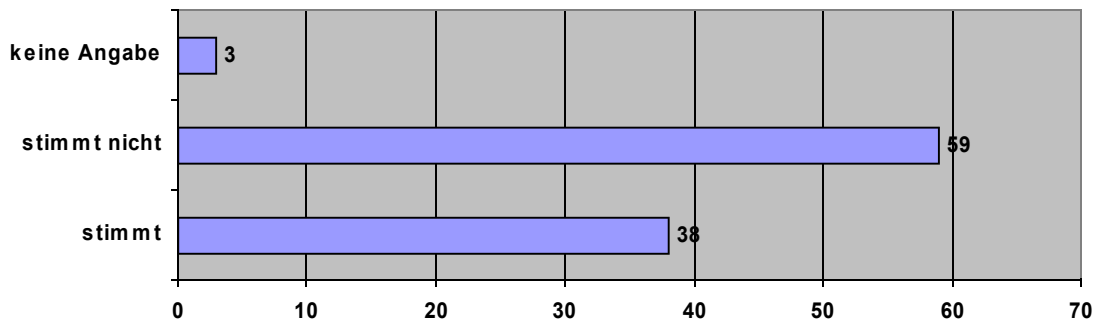
Persönliche Bedeutung der MAE- beziehungsweise Ein-Euro-Jobs (Frage 21, Angaben in %)



Kritiker der Ein-Euro-Jobs argumentieren nicht selten mit dem vermuteten Gedanken einer Entwürdigung der Stelleninhaber durch diese Tätigkeit. Die Antworten von 64% der befragten Personen sprechen allerdings eine etwas andere Sprache, denn sie sind der Meinung, dass ihnen diese Tätigkeit hilft. 31% sind allerdings dennoch der

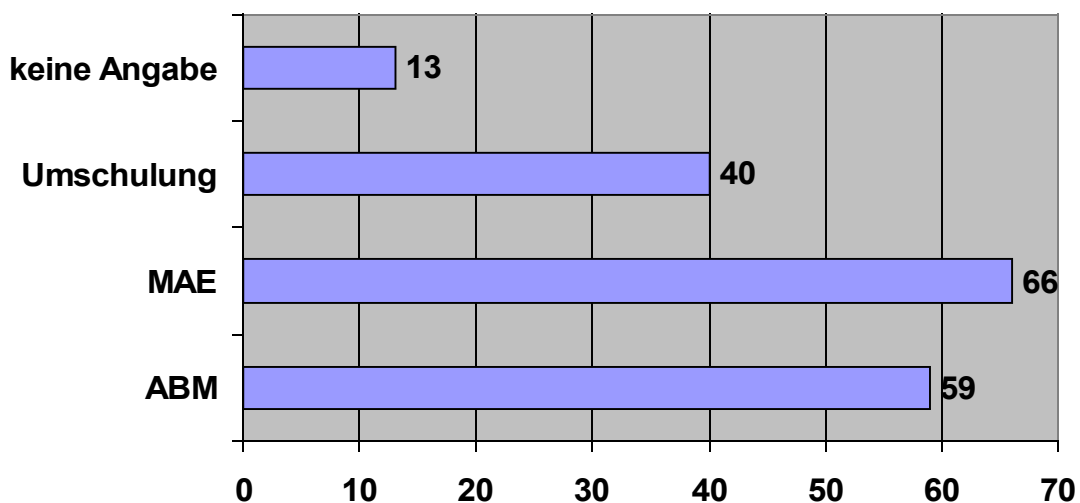
Meinung, dass eine solche Maßnahme eine Entwürdigung sei. Dies mag für Personen zutreffen, die sich für überqualifiziert halten beziehungsweise in Tätigkeitsbereichen arbeiten, die ihnen absolut nicht liegen.

Verbesserung der beruflichen Perspektive durch MAE- beziehungsweise Ein-Euro-Job (Frage 22, Angaben in %)



Ernüchternd ist das Antwortverhalten der Befragten hinsichtlich der Verbesserung der Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch eine Tätigkeit in einem Ein-Euro-Job, denn 59% sehen diesen Zusammenhang nicht. Dennoch gibt es 38% der Betroffenen, die glauben, dass sich dadurch ihre Chancen verbessern könnten. Hier überwiegt offensichtlich das Prinzip Hoffnung den Blick auf die Realitäten.

Häufigkeiten von ABM-Stellen, MAE und Umschulungen (Frage 23, Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)



Bei den 89 befragten Personen, die bereits ABM-Stellen hatten, ergibt sich folgende absolute Häufigkeitsverteilung:

Anzahl der ABM-Stellen	1	2	3	4	5	6	7
Anzahl der Personen	53	22	6	4	2	-	2

Bei den 100 befragten Personen, die bereits MAE-Stellen hatten, ergibt sich folgende absolute Häufigkeitsverteilung:

Anzahl der MAE-Stellen	1	2	3	4	5	6
Anzahl der Personen	42	27	23	6	-	2

Bei den 60 befragten Personen, die bereits Umschulungen beziehungsweise Weiterbildungen absolviert hatten, ergibt sich folgende absolute Häufigkeitsverteilung:

Anzahl der Umschulungen	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anzahl der Personen	38	12	6	-	2	-	-	-	2

Es ist bei diesen differentiellen Betrachtungen deutlich sichtbar, dass es schwierig ist, durch eine der genannten Arbeitsfördermaßnahmen den Verbleib im 2. Arbeitsmarkt zu verhindern. Viele der Befragten haben schon eine Vielzahl dieser Maßnahmen hinter sich und ein Ende ist – wie man an den extremen Häufigkeiten von 4 bis 9 Anläufen in den unterschiedlichen Kategorien ablesen kann – nicht zu erkennen.

Fazit

Die meisten der befragten Betroffenen sehen ihren persönlichen und beruflichen Weg der letzten 20 Jahre als *Abstieg*. Begründet liegt diese negative Bilanzierung in der überaus *langen Verweildauer* (durchschnittlich 5,4 Jahre) *in der Arbeitslosigkeit* und der Häufigkeit von Umschulungen, ABM- und MAE-Stellen während dieser Zeit. Auch eine gleich bleibende beziehungsweise gestiegene Häufigkeit von Problemen bei der Strukturierung des Tagesablaufes in den letzten 2 Jahren kann als ein Grund gelten. Trotzdem sind die Befragten zu mehr als Dreiviertel der Meinung, dass sie in der Lage seien, wieder vollständig in das Arbeitsleben zurückzukehren. Aber für einen solchen Arbeitsplatz umsiedeln würden die wenigsten.

Die MAE-Stellen, die sie innehatten beziehungsweise noch innehaben sind fast ausnahmslos gewollt, werden von einer großen Mehrheit als *Hilfe* eingeschätzt und sie tragen auch dazu bei, das *Selbstwertgefühl zu steigern*. Auch fühlt sich eine Mehrheit der Befragten für ihre Tätigkeiten angemessen qualifiziert. Allerdings wird diese Renommee-Steigerung nur von den wenigsten auf den sozialen Raum (Familie, Öffentlichkeit) übertragen. Immerhin ist fast ein Drittel der Meinung, dass diese Ein-Euro-Jobs eine Entwürdigung darstellen. Insgesamt verwundert es nicht, dass eine Mehrheit *keine Verbesserung ihrer beruflichen Perspektiven* durch solche MAE-Stellen erwartet.

Die in den Fragebögen mitgeteilte Beschreibung der Tätigkeit innerhalb der MAE-Stelle verdeutlicht auf sehr konkrete Weise das *Problem der Zusätzlichkeit* dieser Maßnahmen. Viele der dort aufgeführten Tätigkeiten stellen natürlich eine *Konkurrenz zu sozialpflichtigen Arbeitsplätzen* dar. Hierbei handelt es sich um pflegende, betreuende Berufe, Hausmeister, Tätigkeiten im Garten- und Landschaftsbau als auch um Bauberufe. Eine Mehrheit ist bis zu 30 Stunden wöchentlich in diesen Tätigkeiten beschäftigt und die Bezahlung liegt mehrheitlich zwischen 1,10 und 1,30 EUR.

Die Gesamtzusendungen aus öffentlichen Quellen (ohne Mietzuschuss) der meisten Befragten lagen zwischen 300 und 499 EUR. Am häufigsten ergänzen Ehepartner und die Eltern dieses geringe Einkommen.

6 Ergebnis

Da die Hauptergebnisse jedes Kapitels bereits Darstellung gefunden haben, wollen wir an dieser Stelle nur auf unsere zu Beginn gestellten Fragen zurückkommen:

Wie wird die Betreuung von ALG-II-Empfängern durch Optionskommunen bewältigt? Welche besonderen Erfahrungen, Schwierigkeiten und Probleme traten während des bisherigen Weges auf?

- Die Optionskommunen benötigten etwa anderthalb Jahre, bis sie die Betreuten statistisch vollständig erfassen konnten. Sie benötigten mindestens diese Zeit, um ihre Betreuungssysteme aufzubauen, zu strukturieren und zu optimieren. Bei allen Bemühungen scheint das Ziel, besser als die Bundesagentur für Arbeit zu sein, unter den aktuellen Umständen und in der Kürze der Zeit, kaum erreichbar.

Reibungspunkte – zum Teil erheblicher Art – existieren in mehreren Kommunen zwischen Kommunalpolitikern und Verwaltung.

Gibt es Beobachtungen von Bildungsträgern und Sozialdiensten, die eine soziale Differenzierung unter MAE-Kräften bestätigen? Welche Erfahrungen haben Bildungsträger und soziale Dienste darüber hinaus mit MAE-Stellen gemacht?

- Bisher kann eine soziale Differenzierung größeren Stils unter den ALG-II-Beziehern, die durch Arbeitsgelegenheiten verursacht würde, nicht beobachtet werden. Wir können davon ausgehen, dass die Arbeit von MAE-Kräften in den Kommunen des Landes – sei es bei einem öffentlichen, sei es bei einem privaten Träger – begehrt ist.

Wie wirkt MAE zurzeit auf die davon Betroffenen?

- MAE stärkt in vielen Fällen das Selbstbewusstsein und strukturiert den Tagesablauf.

Inwieweit sind die MAE-Tätigkeiten dabei, normal bezahlte Arbeiten und/ oder ABM-Tätigkeiten zu substituieren?

- In einigen beschriebenen Tätigkeitsbereichen und bei freiwilligen kulturellen (Zusatz)aufgaben der Kommunen vollzieht sich ein derartiger Ersetzungsprozess. Aufgaben werden auf deutlich niedrigerem finanziellem Niveau erfüllt.

Wir können derzeit die Verfestigung eines Armutssegments im Land Brandenburg beobachten. ALG II und Arbeitsgelegenheiten auf ihrem derzeitigen knappen Niveau leisten dazu einen Beitrag. Der Schritt auf den 1. Arbeitsmarkt wird so nicht befördert. Eher ist das stetige Anwachsen von Armut zu befürchten.

7 Literatur

Agentur für Arbeit Frankfurt/Oder: *Arbeitsmarktreport, Berichtsmonate April, August, Dezember 2008 / März, Juli 2009.*

Agentur für Arbeit Frankfurt (Oder) sowie der JobCenter Märkisch – Oderland und Frankfurt (Oder) *Arbeitsmarktbericht* im Juli 2009.

Agentur für Arbeit Neuruppin: *Arbeitsmarktreport, Berichtsmonat März 2009.*

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. *Monatsberichte Arbeitsmarkt im Land Brandenburg 2008 – 2009.*

Brandenburg an der Havel: *Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2008.*

Cottbus: *Darstellung der Ergebnisse des Bundesprogramms Kommunal-Kombi in der Stadt Cottbus vom 27.4.2009.*

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, *Arbeitsmarktdaten Januar 2008, September 2008, Juli 2009/Brandenburg.*

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M., HORSTMANN, K., SCHÄFER, A., PETERMANN, E., MÜLLER, A., HEGEL, R., VAUPOTITSCH, L., SCHOLZ, J. (2009). *Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern – jenseits anonymer Statistiken.* Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Landkreis Dahme-Spreewald: *Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009 der Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende im Landkreis Dahme-Spreewald.*

Landkreis Barnim: *Konzept Regionalentwicklung stärken - Beschäftigungsperspektiven eröffnen.* Fortschreibung für den Zeitraum 01.03.09 – 28.02.10.

Landkreis Elbe-Elster: *Vorläufiges Arbeitsmarktprogramm des Job-Centers Elbe-Elster für das Jahr 2009,* Stand: Februar 2009.

Landkreis Havelland: *Homepage.*

Landkreis Oberspreewald-Lausitz: *Homepage.*

Landkreis Oder-Spree: Amt für Grundsicherung und Beschäftigung, *Arbeitsmarktstrategie 2008.*

Landkreis Oder-Spree: Amt für Grundsicherung und Beschäftigung, *Arbeitsmarktstrategie 2009.*

Landkreis Ostprignitz-Ruppin: *Homepage.*

MASGF: *Arbeitspolitisches Programm Brandenburg 2009/2010*

MASGF/LASA: *Erfahrungsaustausch mit den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Umsetzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi am 29.2.2009, Potsdam.*

MÜLLER, M., WENDELBORN, S., SCHÄFER, A., PETERMANN, E., HEGEL, R.-D. (2005). *Hartz IV – Die Sicht der Betroffenen.* Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

Stadt Frankfurt/Oder: *Homepage.*

ANHANG Ia Entwicklung von Arbeitslosigkeit nach Verwaltungsbezirken (eigene Zusammenstellung):

Verwaltungsbezirk	Arbeitslose 01/08	Quote in %	Arbeitslose 03/08	Quote in %	Arbeitslose 06/08	Quote in %	Arbeitslose 09/08	Quote in %
Kreisfreie Stadt								
Brandenburg/Havel	6823	17,7	6.473	16,8	5629	14,6	5503	14,3
Cottbus	8611	15,3	8.500	15,1	8037	14,5	7742	14,0
Frankfurt/Oder	5184	15,2	5.365	15,7	5168	15,5	5183	15,5
Potsdam	7405	9,3	6.938	8,7	6257	7,8	6317	7,9
Landkreis								
Barnim	13924	14,8	13472	14,3	11774	12,4	11590	12,2
Dahme-Spreewald	8959	10,6	8701	10,3	7429	8,7	6839	8,0
Elbe-Elster	12596	19,9	12117	19,1	10444	16,8	9913	15,9
Havelland	11010	13,5	10798	13,2	9417	11,5	8997	11,0
Märkisch-Oderland	15359	14,9	14964	14,5	12908	12,6	12218	11,9
Oberhavel	15113	14,3	14829	14,0	13345	12,4	12575	11,7
Oberspreewald-Lausitz	13614	20,0	13196	19,3	11444	17,1	10944	16,3
Oder-Spree	14465	14,6	14033	14,1	12348	12,4	11738	11,8
Ostprignitz-Ruppin	10296	18,6	10034	18,1	8553	15,2	8362	14,8
Potsdam-Mittelmark	10622	9,7	10038	9,1	8383	7,7	8224	7,6
Prignitz	7759	17,2	7525	16,7	6278	14,2	6192	14,0
Spree-Neiße	11508	16,1	11207	15,7	9797	13,9	9264	13,2
Teltow-Fläming	10061	11,4	10092	11,5	9093	10,3	8959	10,1
Uckermark	15765	22,4	15212	21,6	12925	18,4	12701	18,0

Verwaltungsbezirk	Arbeitslose 12/08	Quote in %	Arbeitslose 04/09	Quote in %	Arbeitslose 06/09	Quote in %
Kreisfreie Stadt						
Brandenburg/Havel	5377	13,9	6173	16,0	5651	14,8
Cottbus	7618	13,8	8676	15,7	7963	14,6
Frankfurt/Oder	4872	14,6	5425	16,2	5028	15,2
Potsdam	6350	7,9	7101	8,8	6536	8,1
Landkreis						
Barnim	11395	12,0	11660	12,3	10580	11,2
Dahme-Spreewald	6611	7,8	7705	9,1	7128	8,4
Elbe-Elster	10008	16,1	10905	17,5	9918	16,3
Havelland	8853	10,8	10060	12,3	9107	11,1
Märkisch-Oderland	12428	12,1	14315	13,9	12662	12,3
Oberhavel	12358	11,5	13011	12,1	11863	11,0
Oberspreewald-Lausitz	10896	16,2	11919	17,8	11178	17,0
Oder-Spree	11310	11,4	12688	12,8	11770	12,0
Ostprignitz-Ruppin	8790	15,6	9381	16,6	8499	15,5
Potsdam-Mittelmark	8490	7,8	9359	8,6	8554	7,9
Prignitz	6427	14,5	6937	15,7	6598	15,1
Spree-Neiße	9445	13,4	9770	13,9	8803	12,7
Teltow-Fläming	8441	9,6	9778	11,1	8827	9,9
Uckermark	12548	17,8	13274	18,9	11854	17,5

ANHANG Ib

	01/08			06/08			12/08		
Verwaltungsbezirk	Arbeitslose	Dar. SGB II-Empf.	Quote in %	Arbeitslose	dar. SGB II-Empf.	Quote in %	Arbeitslose	dar. SGB II-Empf.	Quote in %
Kreisfreie Stadt									
Brandenburg/Havel	6823	5271	77,3	5629	4395	78,1	5377	4090	76,1
Cottbus	8611	5974	69,4	8037	5865	73,0	7618	5580	73,2
Frankfurt/Oder	5184	3880	74,8	5168	4022	77,8	4872	3751	77,0
Potsdam	7405	5129	69,3	6257	4619	73,8	6350	4513	71,1
Landkreis									
Barnim	13924	9419	67,6	11774	8771	74,5	11395	8016	70,3
Dahme-Spreewald	8959	5536	61,8	7429	4913	66,1	6611	3865	58,5
Elbe-Elster	12596	7809	62,0	10444	7033	67,3	10008	6604	66,0
Havelland	11010	6878	62,5	9417	6274	66,6	8853	5994	67,7
Märkisch-Oderland	15359	10079	65,6	12908	9294	72,0	12428	8606	69,2
Oberhavel	15113	9687	64,1	13345	9354	70,1	12358	8377	67,8
Oberspreewald-Lausitz	13614	8669	63,7	11444	7864	68,7	10896	7284	66,9
Oder-Spree	14465	9759	67,5	12348	8716	70,6	11310	7543	66,7
Ostprignitz-Ruppin	10296	6963	67,6	8553	6379	74,6	8790	6492	73,9
Potsdam-Mittelmark	10622	6591	62,1	8383	5656	67,5	8490	5337	62,9
Prignitz	7759	5154	66,4	6278	4446	70,8	6427	4396	68,4
Spree-Neiße	11508	6709	58,3	9797	6065	61,9	9445	5766	61,0
Teltow-Fläming	10061	6617	65,8	9093	6407	70,5	8441	5540	65,6
Uckermark	15765	10935	69,4	12925	9689	75,0	12548	9021	71,9

	04/09			06/09		
Verwaltungsbezirk	Arbeits- lose	dar. SGB II- Empf	Quote in %	Arbeits- lose	dar. SGB II- Empf	Quote in %
Kreisfreie Stadt						
Brandenburg/Havel	6173	4743	76,8	5651	4450	78,7
Cottbus	8676	6390	73,7	7963	5926	74,4
Frankfurt/Oder	5425	4119	75,9	5028	3914	77,8
Potsdam	7101	4963	69,9	6536	4694	71,8
Landkreis						
Barnim	11660	8304	72,2	10580	7771	73,4
Dahme-Spreewald	7705	4645	60,3	7128	4552	63,9
Elbe-Elster	10905	7272	66,7	9918	6841	69,0
Havelland	10060	6737	67,0	9107	6174	67,8
Märkisch-Oderland	14315	9993	69,8	12662	9213	72,8
Oberhavavel	13011	8313	63,9	11863	7913	66,7
Oberspreewald- Lausitz	11919	8008	67,2	11178	7863	70,3
Oder-Spree	12688	8110	63,9	11770	7830	66,5
Ostprignitz-Ruppin	9381	6738	71,8	8499	6341	74,6
Potsdam- Mittelmark	9359	5773	61,7	8554	5475	64,0
Prignitz	6937	4640	66,9	6598	4612	69,9
Spree-Neiße	9770	5588	57,2	8803	5360	60,9
Teltow-Fläming	9778	6425	65,7	8827	5865	66,4
Uckermark	13274	9599	72,3	11854	8866	74,8

ANHANG II: Interviewleitfaden

Interviewleitfaden für die Führung von Interviews mit Vertretern von sozialen Verbänden und Bildungsträgern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen einige Fragen zum Einsatz von MAE-Kräften und den damit verbundenen Effekten stellen. Wir bitten Sie dabei an das Jahr 2008 und die ersten Monate des Jahres 2009 zu denken. Beachten Sie bitte bei jeder Frage auch, ob es im angegebenen Zeitraum Veränderungen gegeben hat. Bei einigen Fragen nehmen Sie bitte die Perspektive der Inhaber von MAE-Stellen ein!

- Welchen **Stellenwert** haben *MAE* und *Arbeiten auf der Basis von Kommunalkombi* unter Stelleninhabern und ihrer Umgebung? Sind sie zum Beispiel begehrt? Werden sie eher abgelehnt? (Antworten Sie bitte aus Sicht der Betroffenen und deren Umgebung!)
- Welche Aussagen lassen sich bezüglich der **finanziellen Effekte** für die Stelleninhaber machen? (Antworten Sie bitte aus Sicht der Betroffenen)
- Lassen sich Anzeichen für neue **Hierarchien** unter ALG-II-Empfängern ausmachen? Wirkt sich eine *MAE-Stelle* zum Beispiel auf das **Sozialprestige** aus? (Was können Sie aus eigenem Erleben mitteilen? Was haben Sie darüber durch Hörensagen erfahren?)
- Hat der Einsatz Auswirkungen auf die Personen, die die Stellen innehaben, auf deren **Tagesablauf** und auf Persönlichkeitseigenschaften?
- In welchen **Bereichen** erfolgt der Einsatz der *MAE-Stellen* und *Arbeitsstellen auf der Basis von Kommunalkombi*? Haben sich dort Veränderungen/Entwicklungen vollzogen?
- Halten Sie den Einsatz für **sinnvoll und effizient**?
- Erleben Sie die Etablierung von *MAE-* und *Arbeitsstellen auf der Basis von Kommunalkombi* als **Konkurrenz** zu „regulären“ Arbeitsplätzen?

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

**Turbulenzen auf dem zweiten Arbeitsmarkt in den
Kommunen des Landes Brandenburg?
HOLON-Umfrage 2009**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, wie sie im Gefolge von ALG-II entstanden sind, genießen einen zumindest schillernden Ruf: Gemeinnützige zusätzliche Arbeit, Möglichkeit der begrenzten Teilhabe am Arbeitsleben, Beitrag zum Erhalt der Tagesstruktur, Zwangsverpflichtung zur Arbeit, Dumpinglöhne, künstlicher Billiglohnsektor, Verdrängungswettbewerb, Ruin ‚normaler‘ Firmen – sind einige Schlagworte, mit denen die MAE- Arbeiten bezeichnet werden. Als Nebeneffekt bereinigen sie noch die Arbeitslosenstatistik.

Welchen Nutzen beziehungsweise Schaden verursachen Kommunal-Kombi und Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in ökonomischer, moralischer und sozialer Hinsicht in den Kommunen des Landes Brandenburg?

Wir möchten Ihnen zum Themenkreis ‚Turbulenzen auf dem zweiten Arbeitsmarkt‘ einige Fragen stellen, um ihre persönliche Meinung zu erfahren.

Auf der Grundlage Ihrer Antworten kommunalpolitisch handhabbare Antworten zu finden, ist das Anliegen der Studie.

Beantworten Sie bitte jede Frage durch ein oder mehrere Kreuze in dem/ den Kästchen unter oder neben den Antwortalternativen. Bei einigen wenigen Fragen müssen Sie eine Zahl bzw. ein Wort einfügen. Die Befragung ist vollständig anonym. Aus Ihren Antworten können keine Rückschlüsse auf ihre Person gezogen werden.

Vielen Dank für ihre Mitarbeit!

Mein Alter: Jahre

Mein Geschlecht:

männlich
weiblich

Ich lebe im Landkreis/in der kreisfreie Stadt:

Mein höchster Bildungsabschluß:

Facharbeiter/ Meister
Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluß
ungelernt
noch in der Ausbildung

1. Meinen beruflichen und persönlichen Weg der letzten 20 Jahre empfinde ich als

Aufstieg Abstieg Umstieg Stagnation

2. Ich bin innerhalb der letzten 20 Jahre

einmal arbeitslos gewesen
wiederholt arbeitslos gewesen

3. Wieviel Zeit in Jahren macht das etwa aus?

..... Jahr/e

4. Für einen Arbeitsplatz oder berufliche Veränderung wäre ich bereit, umzusiedeln

ja nein

5. Ich fühle mich gegenwärtig in der Lage, vollständig in das Arbeitsleben zurückzukehren

stimmt stimmt nicht

6. Bei der Strukturierung meines Tagesablaufes habe ich gegenwärtig

weniger
gleich viele
mehr

Probleme als vor 2 Jahren

7. Wann haben Sie den MAE (Ein-Euro-Job)/ Kommunal-Kombi Stelle angetreten?

.....
Tag *Monat* *Jahr*

8. Wie lange ist die Beschäftigung geplant?

.....
Monate

9. Die Beschäftigung ist von mir

gewollt *ungewollt*

10. Ich führe hierbei die Tätigkeit einer/eines **aus**

11. Für diese Tätigkeit bin ich

überqualifiziert *qualifiziert* *nicht qualifiziert*

12. Diese Tätigkeit ist

interessant *gelegentlich interessant* *uninteressant*

13. Meine Wochenarbeitszeit beträgt..... **Stunden**

14. Pro Arbeitsstunde erhalte ich **EUR**

15. Wenn ich meine sonstigen Einnahmequellen berücksichtige, stehen mir (ohne Miete) monatlich insgesamt **EUR zur Verfügung**

16. Zusätzlich bekomme ich finanzielle Unterstützung von

meinem Ehepartner/meiner Ehepartnerin
meinen Eltern
Verwandten/ Bekannten

17. Die Tätigkeit, die ich ausübe, bietet auch eine in der Region ansässige Firma mit einem regulären (voll bezahlten) Arbeitsplatz an

ja *nein*

18. Seit ich den MAE (Ein-Euro-Job)/ die Kommunal-Kombi Stelle habe, wird mir in meiner Familie mehr Achtung entgegengebracht

stimmt *stimmt nicht*

19. Seit ich den MAE (Ein-Euro-Job)/ die Kommunal-Kombi Stelle habe, werde ich in der Öffentlichkeit, bei Nachbarn und Bekannten stärker geachtet

stimmt *stimmt nicht*

20. Seit ich den MAE (Ein-Euro-Job)/ die Kommunal-Kombi Stelle habe, fühle ich mich selbst deutlich besser

stimmt *stimmt nicht*

21. MAE (Ein-Euro-Jobs)/ Kommunal-Kombi Stellen empfinde ich als

Hilfe *Entwürdigung*

22. MAE (Ein-Euro-Jobs)/ Kommunal-Kombi Stellen empfinde ich als Verbesserung meiner beruflichen Perspektive

stimmt *stimmt nicht*

Impressum

Herausgeber:

kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernau;

Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295

e-mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss September 2009